A5 B5 A4 B4 A3 B3 A2 B2 A1

Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 30 Pfg.

Freitag, 14. Oktober 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal mit folgenden Beilagen: Sonntags: Bilder-Chronik, Sportblatt, Kraft und Stoff, Weltverkehr, Leben und Wandern; Dienstags: Illustriertes Sportblatt, Unterhaltungsblatt, Wirtschaft und Recht; Mittwochs: Bilder-Chronik, Sportblatt, Unterhaltungsblatt; Donnerstags: Illustriertes Sportblatt, Lehren und Lernen, Unterhaltungsblatt; Freitags: Illustrierte Moden-Chronik, Sportblatt, Unterhaltungsblatt; Sonnabends: Illustriertes Sportblatt, Frau und Welt.

Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/32; Fernspr.: Nollendorf 4783-88. Geschäftsstelle: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30-32; Fernspr.: Nollendorf 5980-88. Postscheck: Berlin Nr. 107941.

Bezugspreis monatlich ₰ 12,—, morgens und abends frei ins Haus. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, auswärts bei der Post. In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung des Entgelts. Anzeigen werden ohne Gewähr für Richtigkeit zu einer bestimmten Morgen- oder Abend-Ausgabe entgegengenommen zum Preis von ₰ 2,— für die 23 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil, bzw. ₰ 6,— für die 67 mm breite mm-Zeile im Reklameteil. Anzeigen in den illustrierten Beilagen werden nach besonderem Tarif berechnet.

Nr. 483 B 167

60. Jahrg.

Tages-Spiegel.

Gestern begann in Wien die Tagung der Völkerbundsliga. Alle europäischen Nationen sind vertreten.

*

In Fiume ist die neue Regierung mit dem Abgeordneten Zanella an der Spitze gebildet worden.

*

Gestern 10 Uhr vormittags fand in Venedig die Unterzeichnung des Schlußprotokolls über das Burgenland statt.

*

Lord Curzon empfing gestern den Besuch des deutschen Botschafters.

*

An Stelle Dusmanis wurde Oberst Epadakylos zum griechischen Generalstabschef ernannt.

Die Bloßstellung des Völkerbundes.

sw. Genf, 13. Oktober.

Die durch die Entscheidung des Völkerbundsrates geschaffene Lage wird hier sehr ernst beurteilt. Man gewinnt nicht mehr daran, daß die Mehrheit über die vorgebrachten Gründe des Zaisachen entspreche. Eine Bestätigung dafür sieht man in der großen Unruhe des Sekretariats, das über

die vorzeitige Veröffentlichung

sehr entrüstet ist, aber noch nicht dazu kam, und wohl auch nicht dazu kommen wird, diese Meldungen zu dementieren. Interessant ist auch, daß man auf französischer Seite die vorzeitige Veröffentlichung auf englische Quellen und auf beschimmte englische Absichten zurückführt, was zweifellos unrichtig ist, was aber Wichtiges gibt über die Spannung, die tatsächlich hier zwischen Franzosen und Engländern bestanden hat.

Tatsache ist es jedenfalls, daß die amtlichen Veröffentlichungen des Völkerbundssekretariats über das über das Gutachten erst in letzter Stunde beschlossen wurde, und daß man damit den Eindruck vermeiden wollte, daß man die private Meldung hervorgerufen hatte. Man schwieg sich infolgedessen heuchlerisch der Grenze völlig und legte das Schwergewicht auf die wirtschaftliche Seite des Gutachtens. Dadurch entstand die eigtümliche Mitteilung, daß das Oberschlesische überhaupt nicht berührt und nur Fragen behandelt, die nur im Zusammenhang mit der Kontrolle der genauen Grenzfestsetzung verhandelt waren. Allerdings hatte es das Informationsbureau des Völkerbunds nicht leicht. Es hatte das richtige Gefühl, daß der Rat nicht auseinandergehen konnte, ohne sich irgendwie mit der Oeffentlichkeit auseinanderzusetzen, und so mußte er mit einer dunklen Mitteilung herauskommen, nachdem sich der Rat geweigert hatte, die den französischen Seite keineswegs erfreuende feierliche öffentliche Sitzung abzuhalten.

In Genfer Völkerbundskreisen legt man sich nun bereits Rechenschaft darüber ab, daß der Rat einen schweren Fehler beging, als er die Einladung der Reichsregierung annahm und sich zur Erstattung eines Gutachtens bereit erklärte. Man fürchtet, mit mit Recht, daß der Völkerbund sich unretbar blaßgestellt hat, daß sein Name so unlösbar mit der oberschlesischen Frage verknüpft ist, daß man sich noch in diesen unglücklichen Lande ereignen werde der Zerfall der blühenden Industrie, die Fortdauer eines den Frieden und die Wohlfahrt zweier Völker bedrohenden Zustandes feindlicher Nachbarschaft — täglich und stündlich den Völkerbundsrat Lügen strafen wird, da die Aufgabe des Völkerbundes die Erhaltung des Friedens sein soll. Man befürchtet, daß der Bund diese Belastungsprobe ertragen kann, und wahren Völkerbundsfreunden dämmert bereits auf, daß vielleicht die Absicht, den Völkerbund blaßzustellen, mitbestimmend war, als man ihm eine der peinlichsten Fragen des Friedensvertrages aufzwang, eine Frage, die bisher nur Siegern vorbehalten sind. Schließlich begrüßen die Freunde einer Erweiterung des Bundes, daß die Beitritt Deutschlands nicht mehr anzunehmen ist.

Diese Stimmungen und Tatsachen haben größte Bedeutung, weil man sie nicht aus den Augen verlieren darf. Wenn in der nächsten Zeit

die Weiterweisung gegen Deutschland

in der oberschlesischen Frage aufgeboten werden wird, der Völkerbund hat ein eigenes Schiedsgerichtsurteil darüber, die Lösung in der oberschlesischen Frage als eine gerechte hingestellen. Dieses Interesse teilt er mit mehreren Staaten, die ihm angehören und oft mit Eigenlieg zu einem Zeit ihrer öffentlichen Meinung dem Bunde beigetreten sind. Die Entente-propaganda, die die deutschen Proteste zurückweisen und die Lösung als ein gerechte und für Deutschland unerhört günstige preisen wird, kann somit auf außerordentliche Wirksamkeit der Völkerbundsorganisation rechnen. Bisher erklärten einige dieser Völkerbundsmitglieder die Lösung der Saarfrage, der Danziger Frage und einen Frieden für unzureichend, obwohl diese Probleme der Kompetenz des Völkerbundes unterstehen. In der oberschlesischen Frage liegt der Fall anders. Hier hat sich der Völkerbund unlöslich mit den Siegerstaaten verflochten. Hier ist er solidarisch mit ihnen. Man möchte noch hoffen, daß die wahren Freunde des Völkerbundgedankens und des Deutschtums in Deutschlands, die Völkerbundsdemokraten in verschiedenen Staaten und vor allem die Bundesangehörigen Neutraler dagegen protestieren, daß der Bund in der oberschlesischen Frage in den Dienst einer Mächtegruppe gestellt wird.

Eine erste Frage, die vielen hier auf den Lippen liegt, lautet: Wo ist die Völkerbundsversammlung? Sie hat sich wohl schon vor einiger Schaffkinder zwischen Tassen, Gläser und Gläsen sich zu Tisch setzen. Wird sie, kann sie es billigen, daß

der Völkerbund dauernd blaßgestellt

wird? Aus Persien kam ein kluger Mann, der erklärte, die oberschlesische Frage sei ein europäischer Skandal. Aber auch Europäer, darunter Herr Bourgeois und Lord Robert Cecil, erklärten in ihren Versammlungsreden die Lösung für eine Lebensfrage. Wo ist man die Versammlung, wo sind die Redner? Wann werden sie zusammentreten und ihre Meinung über das Werk ihrer höchsten Instanz, des Rates, abgeben? Das Gebäude in dem sie tagten, ist leer. Stühle, Bänke und Pulte sind fortgetragen. Erst im nächsten Jahre sollen wieder die Reden erklingen und die hehren Grundsätze verkündet werden. Kann die Welt ein Jahr warten?

Das Reparationsproblem.

Entschließung der Zentralarbeitsgemeinschaft.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschäftigte sich am 13. Oktober mit dem Reparationsproblem. Die bei der Zentralarbeitsgemeinschaft bestehende Reparationskommission legte nachstehende Entschließung vor:

„Die ersten Leistungen des Deutschen Reiches zur Erfüllung des Londoner Ultimatums haben nicht nur für Deutschland, sondern auch für die übrigen Welt die schwersten und nachteiligsten Folgen gehabt. Der letzten Ende dadurch verursachte Sturz der Mark hat die Gesamtwirtschaft auf der ganzen Linie erschüttert. Die Weltwirtschaftskrise, die eine Folge des Unvermögens der Staaten ist, das internationale Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, ist dadurch noch verschärft worden. Die Wichtigkeit dieser Tatsache beginnen allmählich auch diejenigen Kreise zu erkennen, die bisher an die Allgewalt militärischer und politischer Zwangsmaßnahmen glaubten. Durchgesetzt hat diese Erkenntnis sich jedoch noch nicht, und infolgedessen bleibt auch für Deutschland der Zwang der Erfüllung bestehen. Diese Lasten wird in Zukunft, wenn anders nicht alle Kräfte, die gesamte Wirtschaft zu tragen haben. Auch kann aber wird der Hauptteil dieser Lasten auf die Industrie entfallen.

Betreuung ist unzweifelhaft ein weitgehender Eingriff der Gesetzgebung durch Sachleistungen. Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft begrüßt in diesem Sinne das Abkommen, das jetzt mit der französischen Republik getroffen worden ist. Eine sich damit einer feindlichen Stellungnahme zu den Einzelheiten dieses Abkommens begeben zu wollen. Eine solche kritische Stellungnahme wird schon aus dem Grunde erforderlich sein, weil die Gesetzgebungen des Reiches damit nur zu einem sehr geringen Teil abgeholfen werden. Der Hauptteil der im Londoner Ultimatum übernommenen Verpflichtungen zu Goldzahlungen bleibt unberührt und damit auch die Notwendigkeit für Deutschland, Gegenmaßnahmen bereitzustellen, die in ganz seinem Verhältnisse zu seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit stehen. Dies gilt auch dann, wenn es gelingen sollte, auf Grund der Haftung deutscher Sachwerte vom Ausland größere Kredite zu erlangen, und es ernste sich somit die Frage, ob auf dem Wege der Besteuerung noch weitere Mittel aufzubringen sind. Die Voraussetzung dafür wird in jedem Falle eine weitere Leistungssteigerung der deutschen Produktion, begleitet von der Gestaltung der Verkehrs-Wirtschaft, daß die deutsche Wirtschaft die Verfügungsgewalt über ihre Produktionsmittel uneingeschränkt behält, und daß dabei mit allen Mitteln die Gefahren einer Ueberfremdung beseitigt werden.

Angesichts der Bedeutung, welche der deutschen Aufbau für die Lösung des Reparationsproblems beigemessen werden muß, ist des weiteren die Forderung zu erheben, daß die wirtschaftliche Macht des deutschen Konsums dazu benutzt wird, bessere Bedingungen für die deutsche Wirtschaft zu erlangen.

Der Zentralvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft erklärt sich keineswegs bereit, solche einzutreten, daß jede wirtschaftliche noch zu verhindernde Steuerquelle erschlossen wird, die auf kraftschaffende einwandfreiem Wege einen Ertrag verspricht, und daß Arbeitnehmer und Arbeitnehmer jedes Opfer auf sich nehmen wollen, das ihnen ohne einen Zwang zur Selbstverstümmelung zugemutet werden kann. Die Grundlagen der Wirtschaft müssen allerdings unangetastet bleiben, und zwar in erster Linie die persönliche Arbeitskraft, nicht minder aber das volkswirtschaftliche Kapital, an dem allein sich diese Arbeitskraft betätigen kann.

Der Zentralvorstand hat dieser Entschließung einstimmig zugestimmt. Die Verhandlungen des Zentralvorstandes waren getragen von der Sorge um das Schicksal Oberschlesiens. Ueberreinstimmend wurde der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß eine für Deutschland ungünstige Entscheidung eine so schwere Schädigung der deutschen wirtschaft bedeuten würde, daß der Zentralvorstand sich damit vor eine völlig neue Sachlage gestellt sehen würde.

Die Verhaftung Dr. Stadler.

Die in der heutigen Morgenausgabe gemeldete Verhaftung des Herausgebers der Wochenschrift „Gewissen", Dr. Wilhelm Stadler, hat begreiflicherweise das größte Aufsehen hervorgerufen. Da über den Grund der Verhaftung autzentische Mitteilungen nicht gegeben wurden, werden in den Blättern allerlei Vermutungen darüber geäußert. So wird behauptet, daß die Verhaftung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August erfolgt sei. Diese Behauptung ist schon deshalb unzutreffend, weil diese Verordnung keine Verhaftung vorsieht und sich nur gegen diejenigen Bergbau der Presse richtet. Auch reicht es nicht aus, daß Stadler verhaftet worden ist wegen seiner Behauptung, daß der Kanzler selbst die Mitteilungen über die geplante Industrieaktion zur Veröffentlichung gegeben habe.

Die Verhaftung ist bismarck erfolgt wegen eines gemeinen, mit schweren Strafen bedrohten Verbrechens. Er wird beschuldigt, sich gegen den § 92 des Strafgesetzbuches (Diplomatischer Landesverrat) vergangen zu haben, der lautet:

Wer vorsätzlich Staatsgeheimnisse oder Festungspläne oder solche Urkunden, Aktenstücke oder Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates erforderlich ist, dieser Regierung mitteilt oder öffentlich bekannt macht, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.

Es ist anzunehmen, daß die Verhaftung auch im Zusammenhang steht mit dem von Dr. Stadler am Mittwoch in der „Täglichen Rundschau" veröffentlichten Artikel, in dem er scharfe Angriffe gegen den Reichskanzler Dr. Wirth richtete und ihn forderte, daß er sich nach außen hin den Anschein eines Pazifisten gebe, während er hinter den Kulissen andere Tendenzen verfolge.

Es wird ausdrücklich betont, daß eine parteipolitische Verfolgung hierbei nicht in Frage steht, daß es sich um ein gemeinschadliches, gemeines Verbrechen handelt, daß die zuständigen Stellen, Reichsjustizministerium und die ihm untergeordneten Organe, Staatsanwaltschaft und Gerichte, zurzeit mit der Prüfung des Falles beschäftigt sind und daß, falls das Verfahren schwebt, nähere Mitteilungen darüber nicht gemacht werden können.

Wie wir erfahren, ist ein Vertreter der Reichsanwaltschaft aus Leipzig heute nach Berlin berufen worden, um die Vorunterfuchung gegen Dr. Stadler zu führen. Noch im Laufe des heutigen Tages soll eine eingehende Vernehmung Dr. Stadtlers erfolgen. Die Bureauräume wurden heute im Laufe des Vormittags wieder freigegeben. Dr. Stadtler selbst befindet sich wohl.

Vor der Entscheidung über Oberschlesien.

Baldige Veröffentlichung des Spruchs.

London, 14. Oktober. (W. T. B.)

„Morning Post" berichtet, daß der Wortlaut des Vorschlags des Völkerbundsrates zur Lösung der oberschlesischen Frage gestern vormittag in London eingetroffen sei. Der Text wurde vor seiner Veröffentlichung dem Obersten Rat der Alliierten unterbreitet werden. In Anbetracht dessen, daß sich der Oberste Rat jedoch verpflichtet habe, den Vorschlag des Völkerbundes anzunehmen, werde die Veröffentlichung bald erfolgen.

Das weitere Verfahren.

Havasmeldung.

Paris, 13. Oktober.

Nach erfolgter Prüfung des amtlichen Textes des Gutachtens des Völkerbundsrates werden die alliierten Mächte ihre Ansicht über das zu befolgende Verfahren mitteilen. Die englische Regierung hat tatsächlich den Wunsch geäußert, festzustellen, ob die Annehmslichkeit des Völkerbundsrates dem Versailler Vertrage entsprechen, bevor sie bestätigt wird.

Havas bemerkt hierzu, in dieser Beziehung scheine es kaum einen Zweifel zu geben. Das Gutachten des Völkerbundsrates enthalte quel von einander getrennte und unabhängige Teile. Der erste Teil enthalte die Festlegung der Grenze zwischen Polen und Deutschland in Oberschlesien. In dieser Beziehung erglosen sich keine Schwierigkeiten. Die Vertreter der Alliierten hätten nur die vom Völkerbundsrat vorgeschlagene Grenze anzunehmen. Abweichen von der Grenzlinie enthalte das Gutachten aber noch Pläne, betreffend wirtschaftliche Fragen, deren Annahme vom Völkerbundsrat als wünschenswert zur Verwirklichung der Grenzlinie erachtet wird.

Havas fährt fort, während der Vertreter den Alliierten die Pflicht auferlege, die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien festzustellen, habe er keinerlei Beschränkung bezüglich der politischen Souveränität der beiden Staaten nach der Grenzfestsetzung vor. Es wünschenswert auch ein vorläufiges Wirtschaftsregime, wie es vom Völkerbundsrat empfohlen werde, erscheine, komme es nicht nicht jedenfalls den beiden betreffenden Parteien auferlegt werden.

Man werde sich also daran gewöhnen, den Polen und den Deutschen zu raten, sich miteinander zu verständigen, um die Ausbeutung ihrer Industriegebiete zu sichern. Bezüglich der Grenze werde von den Alliierten also eine endgültige Entscheidung getroffen werden, bezüglich des vorläufigen Wirtschaftsregimes aber nur eine Empfehlung erfolgen.

Englands Wunsch nach Ueberprüfung.

Paris, 14. Oktober. (W. T. B.) Nach St. Brice hat die englische Regierung den Wunsch, die Uebereinstimmung der wirtschaftlichen Empfehlungen mit dem Vertrag von Versailles nachzuprüfen, in der Note ausgedrückt, die gestern am Quai d'Orsay überreicht worden ist.

„Petit Parisien" sagt, es sei wahrscheinlich, daß Balfour, der gestern nach London zurückkehrte, die letzten Schritte der englischen Regierung verschwachen werde. Es scheine, daß einzelne in London sich erfragt hätten, ob der Völkerbundsrat nicht sein Mandat dadurch überschritten habe, daß er wirtschaftliche Empfehlungen der Entscheidung der beutschen Wirtschaft bedeutung würde, daß der Zentralvorstand sich damit vor eine völlig neue Sachlage gestellt sehen würde.

Keine Konferenz des Obersten Rates?

Meldung der Agence Havas.

Paris, 13. Oktober.

Die Agence Havas berichtet, es habe in den Kreisen, daß eine Konferenz des Obersten Rates nötig sein werde, um den Vorschlag des Völkerbundsrates zu bekräftigen. Das sei zum wenigsten die Ansicht, die in Paris verbreitet, und sie scheine auch in London geteilt zu werden. Gewiß wäre wahrscheinlich dem Botschafterrat die Aufgabe zufallen, die Entscheidung der Alliierten Warschau und Berlin mitzuteilen, was gewissermaßen zu Beginn der nächsten Woche erfolgen werde. Vorher würde die Interalliierte Kommission unstreitig verhindert werden, die Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen haben werde. Binnen eines Monats nach der Ratifizierung der Entscheidung würden die polnische und die deutsche Regierung für die Bewaltung ihrer Gebiete zu sorgen haben. Die Arbeiten der Interalliierten Kommission werde sofort nach der Zurückführung der französischen Truppen ihr Ende finden.

Weitere Proteste gegen Genf.

Königshütte, 13. Oktober. (W. T. B.)

Die Sozialdemokratische Partei hat gemeinsam mit den freien Gewerkschaften folgendes Telegramm an die Ministerpräsidenten in Paris, London und Rom gerichtet:

Die in der Sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften der Kreisbezirke in Stärke von 150 000 Mitgliedern organisierten Arbeiterschaft protestiert gegen eine Zuteilung von Königshütte an Polen und verlangt unter allen Umständen ein Verbleiben beim Deutschen Reiche.

Breslau, 13. Oktober. (W. T. B.) In der heutigen Stadtverordnetenversammlung lag ein Dringlichkeitsantrag Dr. Wehlauer (Demokrat), betreffend Oberschlesien, vor, dem sich alle Parteien angeschlossen hatten.

Er legt in letzter Stunde schärfste und nachdrückliche Verwahrung gegen die beabsichtigte Teilung Oberschlesiens ein, die den Friedensvertrag verletze, das Abstimmungsergebnis mißachte, Arm und Gegaben lebensfähige und Breslaus wirtschaftliches Gedeihen an der Wurzel treffe. Nachdem Oberbürgermeister Dr. Wagner ein nicht endender Zuspruche namens des Magistrats die Zustimmung zum Antrage ausgesprochen hatte, traten ihm die Vertreter sämtlicher Parteien und Nationalen der Kommunalen bei.

Noch über den Friedensvertrag!

London, 14. Oktober. (W. T. B.) Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News" schreibt, es sei klar, daß einige der Bestimmungen betreffend Oberschlesien über den Vertrag von Versailles hinausgingen, und es werde notwendig sein, daß sowohl Deutschland als auch Polen ihnen zustimmen. Wenn eines der beiden Länder sich weigern sollte, dies zu tun, so werde sich der Oberste Rat vielleicht gezwungen sehen, die territoriale Entscheidung zugunsten des anderen Landes abzuändern.

London, 13. Oktober. (W. T. B.) Lord Curzon empfing heute nachmittag den deutschen und den italienischen Botschafter.

Französische Logik.

London, 14. Oktober. (W. T. B.) „Times" berichten aus Paris, der Urteilsspruch des Völkerbundes sei im allgemeinen in Frankreich gut aufgenommen worden. Dem Durchschnittsfranzosen sei die Tatsache, daß Berlin über die Entscheidung des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage entrüstet sei, an sich schon eine Empfehlung für die Weisheit der Völkerbundsentscheidung.

Einschränkung des Zugverkehrs.

Paris, 14. Oktober. Laut „New York Herald" wird nach Bekanntwerden der Grenzfestsetzung in Oberschlesien wahrscheinlich für mehrere Tage der dortige Zugverkehr eingeschränkt werden.

Amerika und die alliierten Schulden.

□ **Washington**, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In der Finanzkommission des Abgeordnetenhauses hat man jetzt einen Entwurf angenommen, der die Rückzahlung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten regelt. England gibt jedoch seine Forderungen noch nicht auf, obwohl es sie als gefährdet betrachtet und deshalb den früheren Finanzminister Mc. Kenna in einer besonderen Mission feierlichst nach Washington entsandte.

Der Staatssekretär Mellone teilte E. E. zufolge mit, daß die Rückzahlung der auswärtigen Anleihen durch Ausgabe langfristiger sprozentiger Schuldverschreibungen erfolgen solle.

□ **London**, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) „Times" melden aus New-York: Die Finanzkommission des Repräsentantenhauses, die den Regierungsvorschlag zur Regelung der ausländischen Schulden besprach, verwarf den Antrag der Regierung, der dahin geht, den Finanzminister zur Führung von Verhandlungen mit den in Frage kommenden ausländischen Staaten zu ermächtigen. Die Kommission erklärte sich aber damit einverstanden, diese Frage einem Ausschuß von vier Mitgliedern mit dem Finanzminister als Vorsitzenden zu übertragen.

Begleiter Briands für Washington.

Paris, 13. Oktober. (W. T. B.) Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, daß den Ministerpräsidenten Briand als Delegierten zur Washingtoner Konferenz begleiten werden der ehemalige Ministerpräsident Viviani, der Kolonialminister Sarraut und der französische Botschafter in den Vereinigten Staaten Jusserand.

Aus Washington wird uns gemeldet:

Aus den Bejahungen der verschiedenen Staaten unternimmer, die sich jetzt hier entwickeln, ist anzunehmen, daß sich eine Gruppe aus Frankreich, Belgien und China bilden wird, die in den meisten Fällen sehr eng mit den Interessen der Vereinigten Staaten verbunden ist. Außer anderen Seite stehen England und Japan, wobei die englischen Interessen sich zum Teil auch wieder mit denen der Vereinigten Staaten decken. In verschiedenen Punkten der Programms werden England und Japan anderseits auch die Interessen Hollands und Belgiens finden.

Paris, 14. Oktober. (W. T. B.) Briands Abreise nach Amerika ist auf den 29. festgesetzt.

Der Gendarm ist überflüssig.

Paris, 14. Oktober. (W. T. B.) Gustave Tery schreibt im „Oeuvre", es verstehe sich nach der Aufhebung der wirtschaftlichen „Sanktionen" von selbst, daß auch die militärischen „Sanktionen" aufgehoben werden müßten, wenn man ernsthaft verhindert werden, die Ruhrbesatzung habe nur den Zweck gehabt, den Zollring aufrechtzuerhalten. Die Gendarmerie habe den Zollbeamten unterstützt. Nachdem der Zollbeamte fort sei, sei der Gendarm überflüssig.

Hände weg von Rußland!

London, 14. Oktober. (W. T. B.) „Times" schreiben in einem Leitartikel unter Bezugnahme auf Erklärungen des Handelsministers Sir Robert Hornes, daß das Handelsabkommen mit Rußland ein Mittel sei, um Rußland vor Bevormundung und die Erfahrungen des Präsidenten der Russisch-Asiatischen Gesellschaft bei seiner jüngsten Reise in Rußland, es sei an der Zeit, daß England von einer Verbindung befreit werde, die weder England noch Rußland zum Vorteil gereiche, sondern zur Fortdauer der Tyrannei in Rußland beitrage.

Der Reichspräsident an Lerchenfeld.

Der Reichspräsident hat dem Grafen von Lerchenfeld auf dessen von uns bereits gemeldeten Telegramm geantwortet:

Ich danke Ihnen herzlichst für die gestrige telegraphische Mitteilung Ihrer Kundgebung der Pfalzgrafen. Die von der pfälzischen Bevölkerung rich schweren Druckes geschaffene Gesinnung treuen deutschen Zusammenhalts mit dem übrigen Reich ist eine sichere Gewähr für die Zukunft und wird in ganz Deutschland freudig begrüßt. Daß das von allen Kreisen des deutschen Volkes so sehnlichst und tiefste Hilfeverlangte Hilfe bringen konnte, erfüllt mich mit tiefster Befriedigung. Hoffentlich gelingt es der Arbeit des bayerischen Staatskommissars und den übrigen Bestrebungen allen den vielen Beleidigten und Geschädigten jede Art Genugtuung.

Dr. Gürtlers Finanzprogramm.

Eigene Drahtmeldung.

Kbg. Wien, 13. Oktober.

Der neue Finanzminister Dr. Gürtler hat heute im Nationalrat sein von der Oeffentlichkeit mit größter Spannung erwartetes Finanzprogramm dargelegt. Zwangsmaßnahmen sollen unterbleiben. Das Programm bringt jedoch auch keine neue Rettung versprechende Idee.

Der Minister hob mit besonderem Nachdruck hervor, daß das österreichische Staatsvermögen seinem Schuldenstand übertrieben und die Finanzstelle Lage zwar ernst, aber nicht verzweifelt sei. Vor allem will er nun eine wirksame Steuerreform durchführen und einen billigeren Verwaltungsapparat durch Abbau der Beamten herstellen. Alle Steuergesetze haben bis 15. November auf ihre letzte Steuererträgung einen 100prozentigen Aufschlag zu entrichten.

Das Haus billigte in allen drei Lesungen die neuen Gesetzesvorlagen über die Steuervereinigung und über die Steuereinhebung.

Die Anglo-österreichische Bank bezieht eine Generalversammlung ein zur Festsetzung der Liebesmöglichkeitsumwandlung anläßlich der Stiftung der Sicherung nach London.

Die englisch-irische Konferenz.

London, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Zum Schutze der Regierungsgebäude ist ein starkes Polizeiaufgebot zu sofortigem Aufbruch bereitgestellt worden. Heute nachmittag begab sich der Chef des Polizeiwesens Lord Dunning Street und unterrichtete den Premierminister, daß Tausende von Arbeitslosen auf dem Wege nach dem Regierungsviertel seien und eine Aufbieg verlangen. Unter den Demonstranten befinden sich viele Kommunisten. Die Menge zu lärmenden Kundgebungen veranlaßten.

Das Anfreten des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George und unterrichtete Vertreters Mekenzie bei den letzten Arbeitslosenkundgebungen in London zeigte bereits Wirkung. Es ist zu hoffen, daß die Hilfe der Arbeitslosen in England Verwirrung hervorzurufen. Die neuerliche Beteiligung der Kommunisten läßt wiederum die Arbeit der englischen Sicherheitsbehörden erkennen.

Kein Vormarsch auf Peking.

Peking, 14. Oktober. (W. T. B.) Die Nachrichten aus Kanton, die von einer amerikanischen Agentur angenommen waren, wonach eine Kriegserklärung der Südchinesen unter Sunyatsen und der Vormarsch von 140 000 Mann gegen Peking erfolgt sei, werden offiziell dementiert. (Vergl. die Meldung im Abendblatt vom Donnerstag. — W. Red.)

Was soll geschehen?

Es wird doch niemand unter uns Hoffnungen sehen auf die vagen Pariser Zeitungsmeldungen, wonach zwischen England und Frankreich wegen der Entscheidung des Völkerbundrates über Oberschlesien Differenzen bestehen? Es wird doch niemand glauben, daß der Oberste Rat, der am Montag zusammenzutreten soll, um die Entscheidung des Völkerbundrates zu erörtern, diese Entscheidung zu unseren Gunsten einer neuerlichen Revision unterziehen oder gar sie kassieren könnte? Es wird doch niemand damit rechnen, daß Lloyd George zu seinem Wort von dem fair play stehen werde, das mit Oberschlesien gespielt werden müsse? Wohl vergewaltigt die Entscheidung von Genf den Geist und den Sinn der Versailler Bestimmungen über die Schlesien, wohl schlägt diese Entscheidung, die das oberschlesische Gebiet zerreißt, um zugleich dazutun, daß es eine unternehmare wirtschaftliche Einheit ist, den Wunsch und der Vermutung so groß ins Gesicht, daß sich alles in uns aufbäumt bei dem Gedanken, als könnte durch eine solche Entscheidung das Schicksal einer blühenden Industrieprovinz, das Schicksal einer nach vielen Hundertausenden zählenden werktätigen Bevölkerung, das Schicksal des ganzen deutschen Volkes bestimmt werden, und es ist nur allzu verständlich, daß es uns sähet unmöglich ist, als Tatsache hinzunehmen, was bisher schon lässt Tatsache ist. Aber es hilft nichts: der Tatsache muß ins Gesicht schauen, seine letzte Hoffnung muß fahren lassen, wer nicht will, daß zu allen bitteren Enttäuschungen noch schwerere Enttäuschungen kommen!

Wir freilich sind nicht enttäuscht! Wir wußten längst, daß Recht und Vernunft in der Welt des Dalmmen, wie sie durch den sogenannten Frieden von Versailles geschaffen worden ist, keinen Pfifferling mehr gelten, und wir wundern uns auch nicht, wenn wir am Ende auch die Scham zu den Hunden fliehen sehen. Wir haben an dieser Stelle wieder und immer wieder gesagt, daß der Vertrag von Versailles selbst, daß das Abkommen von Spaa, daß die Pariser Sanktionen, daß das Londoner Ultimatum und daß alle die anderen Beschlüsse, die auf der Grundlage des Versailler Friedens von den Siegerstaaten gegen unser unglückliches Vaterland gefaßt worden sind, von vornherein auf ihre Unerfüllbarkeit angelegt waren. Sie sollten nicht erfüllbar sein, weil man Ursach' gegen uns haben will! Das Saarrevier, das linke Rheinufer will man uns entreißen, das Ruhrrevier will man uns nehmen, wie man uns jetzt das oberschlesische Industriegebiet zu rauben sich anschickt. Man zwingt uns mit vorgehaltenen Revolver, Schätze zu unterschreiben, die uns zur Zahlung von unvorstellbaren Milliardensummen verpflichten, und zugleich reißt man uns dem Bankrott in die Hände: gestern forderte der Dollar mehr als hundert und vierzig, das englische Pfund gegen fünfhundert und fünfzig Mark. Und mit dieser unsinnigen Summe sollen wir die anderthalbhundert Milliarden bezahlen, die man aus uns herauszerschinden will! In denselben Augenblick fällt, in dem wir uns durch das geschmähte Wiesbadener Abkommen verpflichtet haben, an Frankreich Sachwerte im Betrage von vielen, vielen Milliarden zu liefern, nimmt man uns einen großen Teil der Sachwerte, aus denen wir die Mittel zur Herstellung jener Sachwerte beziehen.

Ist es gleich Wahnsinn, hat es doch Methode? Es ist Frankreichs Methode, Deutschland zugrunde zu richten, dieses Deutschland, das die Franzosen haßen und das sie fürchten, auch nachdem sie ihm eine Scharte hat bis aufs Taschenmesser genommen haben. Dieses Deutschland soll vernichtet werden! So will es Frankreich, und die anderen Siegerstaaten haben nicht den Mut, den Vernichtungswillen Frankreichs zu hemmen. Nicht den Mut, freilich auch nicht die Kraft, wie es scheint; denn hätten sie die Kraft, so könnten sie doch nimmermehr ruhig zusehen, wie durch die Vernichtung der deutschen Wirtschaft auch ihre eigene Wirtschaft, und am Ende die ganze Weltwirtschaft, dem Ruin entgegengeführt wird.

Nun, aber einstweilen lebt das deutsche Volk noch, und es ist für uns der einzige Trübtid in dieser letzten Finsternis, zu sehen, wie sich der Lebenswille unseres Volkes ist. Es will weiterleben, es muß weiterleben; es will und es muß einen Ausweg suchen aus dem Abgrund, in den es durch ein tragisches Geschick hineingeschleudert worden ist. Wer hilft ihm suchen, diesen Ausweg? Zunächst sind die Männer dazu verpflichtet, die durch das Vertrauen unserer Volksvertretung in die Regierung berufen worden sind. In einer einmütigen Entschließung hat die Regierung erklärt, daß, falls die Entscheidung von Genf so fällt, wie befürchtet werden muß, „eine neue Lage geschaffen ist, welche die Voraussetzungen einsonderlich beeinträchtigt, unter denen sie bei Abschluß des Reichsfriedens mitgewirkt und gefühlt hat". Das ist ohne Zweifel richtig, trotzt sich nur, was geschehen soll. Eine abschließende Entscheidung wird erst erfolgen können, wenn der Spruch des Obersten Rates amtlich vorliegt, im Volk aber wird man sich inzwischen den Kopf darüber zerbrechen, was man eigentlich machen kann, wenn die Regierung wirklich zurücktritt. Eine Regierung der Rechten ist unmöglich, eine Regierung der Linken auch. Unmöglich auch, zu denken, daß das tragische Ergebnis dieser neuesten und schwersten Krise unseres Volkes eine Minderheitsregierung sein soll, durch deren Einsetzung bewiesen werden würde, daß das deutsche Volk nicht mehr fähig ist, ein Volk von Beidern zu sein, alle Kräfte zu sammeln zur Abwehr der schweren Gefahren, die ihm drohen. Wer es schon längst eine unabweisbare Notwendigkeit, daß alle Kräfte sich in der Regierung zusammenfinden, die erstlich gewillt sind, am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten, so liegt diese Notwendigkeit jetzt erst recht vor, und es darf keine andere Regierung geben, als die einen auf möglichst breiter Grundlage vereinigten Koalition. Ob diese Regierung Wirth oder anders heißt, das ist am Ende nicht von ausschlaggebender Bedeutung, wenn auch wohl zu sagen ist, daß es nicht eben den Gipfel sublimer Regierungsweisheit, nicht ein leuchtendes Beispiel staatsmännischer Kraft bedeuten würde, falls die gegenwärtige Regierung das Regierungsgeschäft andern überlassen würde, nachdem man eingetreten ist, wie man es.

jeder von uns, seit Monaten mit üblicher Sicherheit kommen sah.

Aber nicht Regierung hat die Pflicht, nach einem Ausweg aus dem Abgrund zu suchen, sondern alle Stände unseres Volkes haben diese Pflicht, jeden einzelnen aus uns liegt sie ob, denn, der politisch zu denken vermag. Politisch denken aber müssen wir jetzt alle, soweit nicht überhaupt zu denken vermögen. Das ist unsere heiligste Pflicht und Gewissenspflicht gegen unser Vaterland. Wer aber politisch denkt, tut jetzt den Parteigeist von sich ab, kann als Parteigänger ist töricht in ruhigen Zeiten, in Zeiten aber, wo Zeiten der tiefsten vaterländischen Not. Politisches Denken kann sich jetzt nur in dem Willen bekunden, für das Vaterland zu geben, was man zu geben vermag, in hingebender Arbeit für das Vaterland. Die Industrie wird hergeben, was sie hergeben kann, um auch nach dem Verluste Oberschlesiens unserem Volk hinanzuhelfen, soweit und solange er sich hinanhalten läßt. Der Handel, die Landwirtschaft, alle schaffenden Stände werden sich ihr anschließen, vorausgesetzt natürlich, daß sie die Gewißheit erlangen, nicht in ein Danaidenfaß zu schöpfen. Kurzzeit freilich hat unsere Staatswirtschaft mit einem Danaidenfaß eine fatale Ähnlichkeit: es fehlt ihr der Boden! Auch die Staatsbetriebe einbringen, die vormals werbende Betriebe waren, zerflattert und zerfließt, weil diese Betriebe nicht mehr wirtschaftlich sind, weil sie unter den neuen Verhältnissen nicht wirtschaftlich sein können, wenn sie nach Methoden verwaltet werden, die nur unter den früheren Verhältnissen Sinn und Zweck hatten. Das Fach, in das wir hineinschöpfen sollen, muß einen neuen Boden bekommen, und dieser Boden kann nur geschaffen werden, wenn wir uns alle mit dem Gedanken durchdringen, daß wertesschaffende Arbeit oberste patriotische Pflicht, Kraftvergeudung an irgend welche Utopien und Narreigeklingel ein Verbrechen am Vaterlande ist. Keinen Luxus dürfen wir uns heute können! Nicht den Luxus des Wohllebens, nicht den Luxus, auf öffentliche Kosten Experimente anstellen, die nicht vollwertige Arbeit leisten.

Was im einzelnen zu tun ist, das weiß noch gesagt werden. Für heute nur noch dies: bei deutsche Volk den Willen, seine wertesschaffenden Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zu einen, und hat es die Kraft, diesen Willen in die Tat umzusetzen, so wird es leben, dem Hohn der Feindschaft zum Trotz, die es umdräuen. Wo nicht — nicht!

C.

Belgische Spaltungsversuche im Rheinland.

Aus dem besetzten Gebiet wird uns gedrohnt:

In Aachen wurde vor einigen Tagen das Kaiser Wilhelmgymnasium von der belgischen Besatzungsbehörde beschlagnahmt um darauf ein Internat für die Kinder der belgischen Besatzung von Aachen und Umgegend zu machen.

300 deutsche Schüler liegen durch diese Beschlagnahme auf der Straße, und es war bisher noch nicht möglich, einen gegenwärtigen Ersatz zu finden, besonders, da in der Beschlagnahme das gesamte Inventar der Schule, also auch die physikalischen Apparate, das naturwissenschaftliche Kabinett, ja sogar der Wandschmuck, einbegriffen sind. Die belgische Besatzungsbehörde führte erkanntermaßen weiter, daß das Aachener Gymnasium bestehen bleiben sollte, wenn deutsche Kinder bei ihnen Aufnahme finden würden, wenn seitens der Besatzung das den rechtsrheinischen preußischen „Bocher" gehörige Kaiser-Wilhelm-Gymnasium beschlagnahmt wurde. An dem Gymnasium lesen ja doch nur rechtsrheinische preußische Lehrer nicht. Außerdem wurde das Gymnasium in überwiegendem von evangelischen Kindern besucht.

Aber nicht aus diesem Begegnen erneut, wie die Verbandsmächte noch kein Beispiel Frankreichs eine Kluft zwischen dem rechtsrheinischen und linksrheinischen Gebiet errichten wollen und versuchen, das katholische Rheinland gegen das evangelische Berlin auszuspielen. Es ist zu erwarten, daß der Protest, der durch gemeinsamen Vorgehen sämtlicher Parteien und der katholischen Regierungsstellen erzielt ist, zur Wiederbemannung der Schule und der von Stadt und Privatleuten gestifteten Lehrmittel führen wird.

Rußland und die deutsche Hilfsaktion.

Tertjoki, 13. Oktober. (C. E.). Die Sowjetregierung hat verfügt, daß alle Angelegenheiten der Werke mit dem Bevollmächtigten für die deutsche Hilfsaktion, **Hilger**, in Moskau in kürzester Frist erledigt werden. Eine ähnliche Regierungsverordnung erfolgte unlängst in bezug auf den Verkehr der Sowjetbehörden mit der amerikanischen Hilfsadministration.

Finnland—Japan.

Den Londoner „Financial News" wird aus Helsingfors berichtet, daß zwischen Finnland und Japan ein Handelsvertrag geschlossen werden soll, zwecks Errichtung eines direkten Dampferdienstes zwischen diesen beiden Ländern.

Die Personalpolitik des Ministers Dominicus.

Preußischer Landtag.

56. Sitzung.

Freitag, 14. Oktober 1921, 11 Uhr vormittags.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst **kleine Anfragen**, unter denen die des Abg. **Graf zu Eulenburg** (Kons.) wegen Mißhandlungen des Strafgefangenen **Max Hölz im Gefängnis in Münster** besondere Beachtung verdient.

Ministerpräsident **Stegerwald** erwähnt, Max Hölz habe in seiner Zelle selbst und trotz der Bewachung durch den Direktor dieses Verbrechen fortgesetzt, er sei von durch fünf erhaltene Wärter bei der Bedachtungsgelegenheit ausgeraubt, aber nicht mißhandelt worden, müsse aber, daß er sich auf dem Transport gefallen habe. (Stürmische Heiterkeit und Zurufe bei den Kommunisten, in denen Vizepräsident Graf Schwerin-Stralsund erhebt.) Die örtliche Untersuchung habe ergeben, daß er, um seine Verwandten vom ihm fernzuhalten, in der Beobachtungszelle verblieben müsse. Von Mißhandlungen seien keine Spur (Lärm, Unruhe rechts von einem Strafrufe). (Hohnlachen bei den Kommunisten.)

Die **Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens** gegen die Abgg. Rakoth (Unabh.), Schumann (Komm.), Kilian (Komm.), Kuoth (Komm.) und Dahlem (Komm.) wird gemäß den Anträgen des Ältestenrates erteilt.

Es folgt die Große Anfrage der Abgg. **Braun u. Genossen** wegen der

Personalpolitik des Ministers Dominicus.

Verhandlungen werden damit die Beschwerden derselben Abgeordneten wegen des Vorgehens des Statistischen Landesamts gegen Angestellte, welche eine **schwarz-rot-goldene Fahne** geflickt hatten sowie andere Anfragen über die **Anschuldigungen** gegen das **Breslauer Polizeipräsidium** und seinen früheren Leiter Polizeipräsidenten Dr. Ziebermann.

Abg. Krüger (Soz.):

Die Regierung muß vor allem das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung haben, soll sie seine wirtschaftliche Tätigkeit möglich. Das Ministerium Steuerwald hat aber gezeigt, daß es seine Unterstützung nicht bei den Linken, sondern bei den Rechten sucht. Die Mißbrauchstreibereien der nationalen Partei trifft vom Tag an Tag deutlicher unzweifelhaft ein wie in Bayern zu. Der Regierungsrat Kuhr der Fall war. Daß Kabinett Stegerwald und das Ministerium des Innern im besonderen konnten für die Unterstützung der Deutschnationalen in der besonderen Beamtenfrage der sogenannten vaterländischen Betriebsrätten bieser Partei. Man bedarf so für eine antisozialistische Stärkung der preußischen Verwaltung von den Leit der Revolution neu angestellten politischen Beamten, namentlich die Verhältnisse des Breslauer Polizeipräsidiums, das man, während der Bund republikanischer Landwirte energische Fortführung der Demokratisierung der Verwaltung fordert. Der Regierungsrat kann nur auf der Grundlage des Vertrauens zwischen Volk und Regierung erfolgen, deshalb bedürfen wir einer demokratischen Kontrolleur der Staatsverwaltung.

(Fortsetzung folgt im Morgenblatt.)

Gegen den Lebensmittelwucher.

Die **sozialdemokratische Fraktion** des preußischen Landtags hat einen Antrag eingebracht, der durchgreifende Maßnahmen gegen den Wucher mit Lebensmitteln verlangt und das Staatsministerium ersucht, zur Bekämpfung des Wuchers den Grundsatz der „Gleichgewichtsgesetzes" zugelten zu lassen. Ein weiterer Antrag verlangt eine dringende Verbesserung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu erzeugenden Preisen und Bekämpfung des Kartoffelwuchers.

Verhandlungen mit den mitteldeutschen Eisenbahnern.

Dr. Halle a. S., 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung). In Sachen des bradenden Eisenbahnerstreiks hat der Reichsverkehrsminister heute 2 Kommissare nach Halle entsandt, um über den Ausgleich der Differenzen zu verhandeln. Mittags begannen die Verhandlungen im Eisenbahnamt und den Vertretern der Eisenbahnerbezirke die einzelnen Beschwerden durchgesprochen wurden.

Die bergwirtschaftlichen Verluste.

Wenn die aus den bisherigen Nachrichten sich ergebende Teilung eine für Oberschlesien zutreffen sollte, so würde dies in bergwirtschaftlicher Hinsicht nachstehende Verluste bedeuten:

An **Kohlenvorräten** würde Deutschland 96 % der oberschlesischen von 42,5 % Steinkohlen, die 1000 Millionen Tonnen Steinkohlenvorräte verlieren. Ferner würde von 100 % der oberschlesischen Steinkohlenförderung verloren gehen, was nach den Förderergebnissen des letzten Vierteljahres 28 000 000 Tonnen Steinkohle bedeuten würde. Dies wäre um so gefährlicher als gleich der beschlossenen Gruben abgebaut sind und deren Produktion von Jahr zu Jahr abnehmen würde. Dies wäre um so gefährlicher als gleiche Steinkohlenmenge über unerschöpfliche Kohlenreserven verfügen und die Möglichkeit für eine fast unbegrenzte Steigerung ihrer Förderleistung besitzen.

Die gesamte oberschlesische Zinkproduktion würde verlieren, die im letzten Friedensjahre 1913 etwa 17,1 % der Weltproduktion und mehr als 60 % der deutschen Zinkproduktion geliefert hat; denn 85,6 % der oberschlesischen Zinkerzförderung und sämtliche Zinkhütten kamen an Polen. Ebenso würden 75,1 % der oberschlesischen Bleiförderung und 75 % der gesamten Bleierzförderung einschließlich der darin enthaltenen Silbererze verloren gehen.

Ueber die oberschlesische Eisenindustrie, die im letzten Friedensjahre rund 2 080 000 t Eisen- und Stahlerzeugnisse geliefert hat, liegen keine genauen Daten vor; doch müßte auch hier mit einem Verluste von mehr als 85 % gerechnet werden, falls die neue Grenzlinie Teilungslinie des Zeitzachen entsprechen sollte.

Die Notlage der Beamten.

Im Ausschuß für Beamtenangelegenheiten des Preußischen Landtags wurde am Donnerstag abend über einen Antrag des Zentrums beraten, der von der Staatsregierung verlangt, sofort Vorsorge zu treffen für die Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter usw. in die Lage versetzt werden, sich mit den nötigen Wintervorräten zu versorgen.

Seitens des Vertreters der Staatsregierung wurde erklärt, daß sich die Preußische Staatsregierung bereits vor einiger Zeit mit der Angelegenheit in Verbindung gesetzt habe, um zu einem einheitlichen Vorgehen in der Frage des Winterbezugs der Beamten in ihrer anerkannten Notlage zu kommen. Leider sei man bis heute noch nicht zu bestimmten Vorschlägen gekommen. Der Abg. Neuhaus (Zentrum) erklärte, es sei dringende Pflicht für die Beamten eine Verbesserungsbeihilfe. Abg. Falesoki (D. Nat.) stimmte dem Gesuch der Beamten, besonders der Lehrer, zu. Abg. Lüring (Zentr.) wünschte die Erhöhung des Grundgehalts und der Kinderzulage mit rückwirkender Kraft. Abg. Bartels-Hannover (Dem.) hielt es für wünschenswert, zunächst über den Stand der Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen und der Reichsregierung, sowie zwischen den Reichstagsfraktionen und dem Reichsfinanzministerium Kenntnis zu bekommen.

Es wurde beschlossen, die weiteren Beratungen der Angelegenheit auf Dienstag zu vertagen und zu einer Sitzung den Preußischen Finanzminister einzuladen. Außerdem hierzu sollen dann die Spitzenorganisationen in der Frage gehört werden.

Beihilfen aus der Angestelltenversicherung.

Nach § 1 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Juli 1921 über Aenderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte erhalten Empfänger von Ruhegehalt oder Hinterbliebenenrente nach dem Versicherungsgesetze für Angestellte dann keine Beihilfe, wenn sie eine solche bereits aus der Invalidenversicherung bezieht. Diese Ausnahme ist mit dem 1. Oktober 1921 gegenstandslos geworden, da seitdem die Invalidenversicherung keine besonderen Beihilfen mehr, sondern einheitliche erhöhte Leistungen gewährt. Infolgedessen erhalten vom 1. Oktober 1921 ab auch bisherigen Empfänger von Ruhegeld oder Hinterbliebenenrente nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte die Beihilfe bis zu diesem Zeitpunkt eine Beihilfe aus der Invalidenversicherung bezogen haben.

Ernährungskonferenz in Kiel.

L. Kiel, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung). Zur Besprechung landwirtschaftlicher Fragen der Provinz Schleswig-Holstein und der Ernährungsfragen hier tagt jetzt unter Leitung der preußische Landwirtschaftsminister Warmbold und der preußische Finanzminister Samisch in Anwesenheit unserer Staatssekretäre und Ministerialräte hier ein. Unter Vorsitz des Oberpräsidenten Kürbis fand eine Ernährungsbesprechung bei der das Getreidemuslage-verfahren, die Sozialisierung der Landwirtschaft und der Kindes bei landwirtschaftlichen Zustände und der Landwirtschaftsminister in Kiel zu einer wissenschaftlichen Forschungsanstalt für Deutschland eröffnet wurden, begonnen sind und geführt werden. Weitere Besprechungen werden die Hafenpläne der Stadt Kiel und die Zukunft des Kieler Schiffs. Morgen wird eine Besichtigung landwirtschaftlicher Betriebe in Schleswig-Holstein erfolgen. Landwirtschaftsminister Warmbold erkrankte kurz nach seiner Ankunft und konnte an den Verhandlungen und Besichtigungsfahrten nicht teilnehmen.

Die Urstellgrenzeinteilung.

Da die gesetzliche Regelung der Urstellgrenzeinteilung nicht nur für die Beamten, sondern auch noch weiteres hinaus weitere Bedeutung hat, haben die Spitzengewerkschaften beim Reichsfinanzministerium Schritte zur Abänderung von Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Reichsregierung vor Annahme des Gesetzes unternommen. Das Reichsfinanzministerium hat dieses bereits unterstellten Statistischen Reichsamt ist angetragt worden, daß Ende Oktober den Gewerkschaften Unterlagen vorgelegt sollen, aus denen eine klare Uebersicht über die Einteilung der Länder und Provinzen sowie der Wirtschaftsgebiete hervorgehen soll. Im Anfang November wird mit den Spitzenorganisationen verhandelt werden, und zwar an Hand des bis dahin fertigen Gesetzes. Es ist zu erwarten, daß der Reichstag sehr schnell mit dem Gesetz fertig wird.

Erkrankung des Königs von Bayern.

Lk. München, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung). Der frühere bayerische Kronprinz Rupprecht ist auf seinem Gute Sachsen-Lauern, wo er sich seit Ende September aufhält, an einem alten Magenleiden neuerdings heftig erkrankt.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Wie wir bereits berichtet haben, sieht sich die Postverwaltung genötigt, die Gebühren abermals zu erhöhen, weil die notwendige Erhöhung der Gehälter und die erneute Steigerung der Materialpreise auch eine Erhöhung der Postgebühren erfordern, soll sich die unmöglich in nennenswertem Maße durch die Defizite die allgemeinen Steuerzahler in Anspruch nehmen darf. Die Neuregelung müssen die Reichstage. Der neue Entwurf wurde vorgelegt und gestern im Verkehrsbeirat des Reichspostministeriums beraten, der sich bekanntlich aus Vertretern der wichtigsten Gruppen zusammensetzt, sachverständigen, freiwilligen Mitarbeitern und Wirtschaftsverbänden zusammen.

Eine Beschlußfassung über die Erhöhung der Gebühren bedeuten die Beschlüsse des Verkehrsbeirates, die ebenso wenig wie die Vorlagen des Reichspostministeriums selbst. Es lauteten sich vorläufig lediglich um Vorschläge und gutachtliche Aeußerungen bezw. die endgültige Entscheidung wird erst der Reichstag zu fällen haben. Immerhin ist anzunehmen, daß im großen und ganzen die Vorschläge des Beirats in die Vorlage, unter Berücksichtigung der Abänderungsbeschlüsse des Beirats, halten werden.

Die Finanzlage des Reiches und der Post gestattet wesentliche Abstriche nicht. Es konnte sich also auch für den Beirat nur darum handeln, daß, wo besonders übale wirtschaftliche Lage der Bevölkerung zu berücksichtigen, etwas zu mildern, wobei, mit einer ausdrücklichen Zustimmung zurückzuhalten, wo die Vorlagen zurzeit noch nicht vollständig zu durchsehen sind.

Die Vorlage des Reichspostministeriums schlägt vor:

Für Briefe im Ortsverkehr bis 20 g 75 ₰, über 20 bis 250 g 1,50 ₰, im Fernverkehr bis 20 g 1 ₰, über 20 bis 100 g 1,50 ₰, über 100 bis 250 g 2 ₰. Für neu einzuführende Eilbriefe, von Briefen über 250 bis 500 g 3 ₰; für die Postkarte im Ortsverkehr 50 ₰, im Fernverkehr 75 ₰; für die Drucksachen und Warenproben 25 ₰; für Drucksachen bis 50 g 30 ₰, über 50 bis 100 g 50 ₰, über 100 bis 250 g 1 ₰, über 250 bis 500 g 2 ₰, über 500 g 1 ₰; für Geschäftspapiere (ebenso wie für Mischsendungen) bis 250 g 1 ₰, über 250 bis 500 g 2 ₰, über 500 g bis 1 kg 3 ₰; für Warenproben bis 250 g 1 ₰, über 250 bis 500 g 2 ₰; für Päckchen (bis 1 kg) 3 ₰; für Pakete in der Nahzone bis 1 kg 4 ₰, über 1 bis 10 kg 6 ₰, über 10 bis 15 kg 14 ₰, über 15 bis 20 kg 20 ₰, in der Fernzone bemerkenswert 6 ₰, 12 ₰, 22 ₰, 30 ₰. Bei Wertsendungen bleibt die Versicherungsgebühr unverändert, dagegen steigt die Gebühr für eine eingeschriebene Sendung, ausschließlich der Versicherungsgebühr nach der Vorlage allgemein von 1 ₰ auf 2 ₰ erhöht werde; die Gebühr für Postanweisungen soll (mit Ausschluß des Bestellgeldes) betragen: bis 50 ₰ 1 ₰, über 50 bis 250 ₰ 2 ₰, über 250 bis 500 ₰ 3 ₰, über 500 bis 1000 ₰ 4 ₰, über 1000 bis 1500 ₰ 5 ₰, über 1500 bis 3000 ₰ 6 ₰. Die Zeitungsgebühr soll für 4 Seiten 1 ₰, über 20 bis 30 g 2 ₰, über 30 bis 40 g 3 ₰, über 40 bis 60 g 4 ₰ und für jede weiteren 20 g 2 ₰ mehr erhoben werden. Die Gebühren für den Postverkehr auf Verlangen des Verlegers von der Postbezieherzahlung abgesehen wird, soll die Gebühr für Bewegung von je 100 Nummern betragen: bis 20 g 75 ₰, über 20 bis 30 g 90 ₰, über 30 bis 40 g 1,50 ₰, über 40 bis 60 g 2 ₰ und für jede weiteren 20 g 1,50 ₰ und für jede weiteren 30 g 15 ₰ mehr.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung eines Postgesetzes vom 1. Juli 1921 sieht die Festsetzung der Zahlkartengebühr auf 50 ₰ bei Beträgen bis 500 ₰, 1 ₰ bei Beträgen über 500 ₰, 1,50 ₰ bei Beträgen über 1000 ₰, 2 ₰ bei Beträgen über 1000 bis 2000 ₰, 3 ₰ bei Beträgen über 2000 ₰ vor, ferner bei den bare Auszahlung durch Postscheck die Erhöhung der festen Gebühr von 3 ₰ auf 50 ₰. Nach dem Gesetzentwurf über die Neuordnung der Telegraphengebühren soll die Wortgebühr für Telegramme künftig betragen: bei gewöhnlichen Telegrammen 50 ₰, mindestens 5 ₰, bei Dringtelegrammen die Hälfte dieser Sätze. Der Gutwurf einer Verordnung betreffend Erhöhung der Gebühren für Ferngespräche, Ortsgespräche und Telegraphenleitungen vom 11. Juli bestimmten Gebührensätze, sieht eine Erhöhung um 20 % dieser Sätze vor.

Die Begründung weist u. a. darauf hin, daß sich das Reichsfinanzministerium zu dem Entwurf einer Verordnung über die Gebührenerhöhung entschlossen, weil sich das Reichsfinanzministerium im Frühjahr dieses Jahres für die Bereitstellung von Mitteln für den Fernsprech- und Telegraphenbetrieb erforderlichen Mittel, die mehrere Milliarden betragen, an den Reichstag wenden mußte, weil, daß die Bestimmung und Amortisation dieser Aufwendungen durch Gebührenmehreinnahmen sichergestellt sind. Es ist zu erwarten, daß der Reichstag sehr schnell mit dem Gesetz fertig wird.

Deutsches Reich.

Entschädigung der Vertrauensmänner.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Entschädigung der Gutschwerten der Vertrauensmänner, zugegangen. Auch sie sollen gleich den Beisitzern der Schiedsgerichte, nach Tagegelder erhalten. Diese betragen zurzeit 30 ₰ und für jedes Nachtquartier 15 ₰.

Bürgerliche Einheitsliste.

8. Dresden, 13. Oktober. (Eigene Drahtmeldung). Für die Dresdner Stadtverordnetenwahl, die im November stattfinden, haben die Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Demokraten und Zentrum auf eine bürgerliche Einheitsliste geeinigt.

Bauarbeiterstreik in Leipzig.

8. Leipzig, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung). Gestern sind rund 8000 Leipziger Bauarbeiter und Zimmerer wegen Lohnforderungen in den Streik getreten.

Eine neue Polizeibeamtenorganisation.

In Berlin ist ein „Bund der Polizeibeamten Preußens" begründet worden. Der Bund will die Interessen der Polizeibeamten, der Verband der mittleren Polizeiwachtmeister, der Verband der oberen Polizeiwachtmeister und der Verband der Kriminal- und Schutzpolizeibeamten zusammengeschlossen haben.

Eisenbahndirektion Frankfurt a. O.

Die deutsch gebliebenen Teile der früheren Eisenbahndirektionen Posen, Bromberg und Danzig sind in der Eisenbahndirektion „Osten" zusammengeschlossen. Diese Direktion hatte in Berlin ein ausführliches Unterkommen gefunden. Nach langen Bemühungen ist, wie „Telunion" erfährt, nunmehr erreicht worden, daß eine in Frankfurt a. O. frei gewordene Kaserne für die neue Eisenbahndirektion ausgebaut wird.

können, damit der Kernfernsprechbetrieb auch fernerhin wer seinen Gewinn schwitzt, wobei aber seine Selbstkosten hoch.

Der Verkehrsbeirat hat gegenüber dem letzteren Entwurf, bete. die erneute Erhöhung der Fernsprechgebühren, erklärt, daß ihm dieser Entwurf erscheine, da die endliche Auswirkung des Fernsprechgebührengesetzes noch nicht heute übersehen laße. Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Aenderung der Telegraphengebühren, wurde vom Verkehrsbeirat unverändert angenommen. Ebenso der Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Postscheckgesetzes, wobei erhöhten Gebührensätzen zur Bemessung stellte, bei Einzahlungen mit Ausnahme eines Gebühr von 50 ₰ bei Beträgen bis 100 ₰ Mark, bei Beträgen über 100 ₰ Mark, ein Gebühr von 1 ₰ bei Beträgen von mehr als 100 bis 500 ₰ vorzusehen.

Bezüglich der Gebührenerhöhung bei Beschlußfassung des Beirates bezüglich Postkarten und Drucksachen. Er wünschte bei den Vorlagen mäßigungen gegenüber der Vorlage, um einerseits für die minderbemittelte Bevölkerung ein billiges schriftliches Nachrichtenmittel zu erhalten und anderseits der Bedeutung der Druckfache für die Kulturarbeit gerecht zu werden, wenn in ein gelegentlich Mißbrauch nicht ändert, es ist ja die Postkarte im Ortsverkehr 40 statt 50 und im Fernverkehr 60 (statt 75), die Drucksachen bis 50 g 30 (statt 50) und 50 bis 100 g 50 (statt 50—500 g 150 (statt 200) und 500—1000 g 200 (statt 500) ₰. Den Vorschlägen der Beirates, die eine Erhöhung der Gebühr für Postanweisungen festsetzenden Nebengebühren hat der Reichsrat abgelehnt, jedoch ausdrücklich er die Gebührensätze von 2 ₰ auf 1 ₰ und die Bestellgebühr für Briefsendungen im Ortsbestellbezirk von 2 ₰ 50 ₰ auf 2 ₰ herabsetzen. Die Vorschläge der von Postbeirat zum Postgebührengesetzentwurf beschlossen Anträge wählten noch den Mindestzuschlag der Post bei der Gebührenerhöhung wenn es erwarteten Mehreinnahmen um mehr als 200 Millionen Mark verringert werden. Die Gesetzlichung über die endgültige Regelung der neuen Postsätze muß hiernach der gesetzgebenden Körperschaften Reichstag überlassen. Sämtliche Vorlagen, einschließlich der neuen Gebührensätze, einschließlich der Verordnung über die Erhöhung der Auslandspostgebühren, werden nunmehr dem Reichsrat neuerlich zugehen. Ueberblick der vom Postbeirat beantragten Aenderungen.

Das Steigen der Indexziffern.

Die Großhandels-Indexziffer des Statistischen Reichsamts ist von 1967 im Durchschnitt des Monats Juli auf 2067 im Durchschnitt des Monats September gestiegen. Von den einzelnen Warengruppen haben sich die Preise für Kolonialwaren um Bewegung von 2033 auf 2016 zu verzeichnen, die durch einen leichten Rückgang der Preise für Kolonialwaren verursacht worden ist. Die übrigen Warengruppen weisen demgegenüber eine zum Teil beträchtliche Steigerung der Preise auf, so vor allem Fleisch, Fische und Fette von 1762 auf 1943, Kolonialwaren von 1731 auf 2017, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 1949 auf 2020, ferner Häute und Leder von 2906 auf 3727, Textilien von 2108 auf 2070, Metalle von 1673 auf 2096, Kohle und Eisen von 1774 auf 1880, Industriestoffe zusammen von 1807 auf 2155. Die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren (Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fische, Fette, Kohle, Eisen) stiegen von 1913 auf 1952; die vorwiegend aus dem Auslande eingeführten von 1953 auf 2143. Die Zissern beleuchten den ausgesprochen geldwirtschaftlichen Charakter der augenblicklichen Preissteigerung, die bei den Rohstoffen der Bedarfsgegenstände zu einer fürmischen Preishausse verschärfend Anlaß gab. Die Preise für Getreide und Leder war eine Berichtigung der entsprechenden Ziffern für den Monat August notwendig.

Aus aller Welt.

Der nördliche Eismeerweg.

ABC. Im August dieses Jahres rüstete die Sowjetregierung zum Geleitzug aus, die zum Nordpolgebiet des Ob und Jenissei in Nordsibirien führen sollten, um von dort Nützliches Getreide nach Sibirien zu bringen. Die Sowjetpresse berichtet nunmehr über die Katastrophe, welche die bolschewistische Eismeerexpedition erlitten hat. Schon vor einiger Zeit trat die Nachricht ein, daß einer der größten Dampfer der Expedition, der „Jenissei" der Nachsicht nach Archangel mit Mann der Getreideladung untergegangen ist. Die Besatzung ist gerettet worden. Nunmehr liegen Nachrichten über den Untergang des zweiten großen Dampfers „Ob" vor. Von der 92 000 Pud großen Getreideladung sind 7000 Pud verloren, während es gelungen ist, den Rest auf den Dampfer „Malygin" umzuladen. Der „Ob" ist zwischen Kockels gerauen und gerdrückt worden. Deutsche Gefangene ist „Ob" und „Jenissei" zuteil geworden. Bei der Weißen Jusel sind die Schiffe von einem Eisberg überrannt und gingen bis zum Deck unter. Die Besatzung konnte sich in Sicherheit bringen. Mit dem Dampfer „Ilja" sind 120 000 Pud Getreide und mit der „Lenin" 30 000 Pud verloren gegangen, während die Besatzung auch hier gerettet werden konnte. Die erfaßnannten Schiffe „Ob" und „Jenissei" gehörten zu der unter dem Beichte Sverdrups, des bekannten Begleiters von Nansen, stehenden Zeit der Eismeerexpedition.

Clery fur Summe wieder aufgebaut.

T. U. zufolge wird nächstens eröffnen die Einweihung des Großen Clery fur Summe stattfinden. Es ist die erste Ortschaft, die wieder hergestellt werden ist, nachdem sie durch den Krieg vollständig zerstört worden war.

Explosion in einem Bukarester Fort.

In dem Fort Rudeni bei Bukarest flogen hundertfünfzig Waggon Munition in die Luft. Durch die Explosion kamen zehn Personen getötet und zahlreiche verletzt.

Das Eisenbahnunglück in Spanien.

Nach einer amtlichen Meldung sind bei der gemeldeten Eisenbahnkatastrophe in Spanien insgesamt 40 Personen getötet worden, in der Mehrzahl Soldaten, die im Begriffe waren, zu ihrem Regiment zu fahren, um nach Marokko zu fahren. Die Anzahl der Verletzten ist noch unbekannt.

Explosion in Spanien.

Durch eine Explosion im Artilleriedepot in Ntoria (Spanien) wurden zwei Personen getötet und sechzehn verletzt.

Ein weiblicher Blaubart in Japan.

E. E. Ein merkwürdiger Kriminalfall beschäftigt die Oeffentlichkeit Japans. Eine junge Japanerin namens Kimiko hat in Nagasaki bereits sechzehn Ehemänner, die sie jeden von ihnen zum Abschluß einer Versicherung zu ihren Gunsten veranlaßt hatte. Die Verbrecherin ist eine Tochter hoher Geistesfultur und wird überaus geschätzt. Die weiteren alle Kreise und Berücksichtigungsschichten, die alle Kreise und Berücksichtigungsschichten. Den ersten Mord beging sie an ihrer eigenen Schwester, in deren Gatten sie sich verliebt hatte. Sie tötete die Mutter, die Kinder und den Gatten, um in Ehebruch und letzte Ehe zu heiraten. Sie ist nach dem zehnten Morde gelang es, ihrem Treiben ein Ende zu machen.

Ein Lexikon der englischen Schlachtenschrecke.

Das Sekretariat des Londoner Kriegsmuseums hat einen Katalog erlassen, die während des Krieges in den Schlachtgräben gebrauchten Ausdrücke zu sammeln und nach ihrer Bedeutung sowie ihrem Ursprung zu erklären. Die Ausdrücke des Krieges und Soldatensprache, die während des Weltkrieges üblich waren, sind bereits wieder ausgestorben, und es ist daher das Ziel des Lexikons, sie in einer Weise zu gebrauchen. Die auf diese Weise eingeleitete Sammlung soll die Grundlage für ein Werk über die Kriegssprache der englischen Soldatensprache, in dem die Ausdrücke aus der Zeit des Weltkrieges besonders berücksichtigt werden sollen.

Personalnachrichten.

Das Preußische Staatsministerium hat den Regierungsassessor Seitz, zurzeit in Zeitz, zum Landrat ernannt. Ihm ist das Landratsamt in Gumbinnen übertragen worden. Zum Regierungsassessor ist mit Wirkung vom 1. Oktober vorläufig ernannt worden der Dr. med. Fiehn vom Reichsgesundheitsamt in Berlin ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichsdienst erteilt worden. — Der Regierungsassessor Dr. Dr. med. H

Reichshauptstadt.

Sehr Sie, das ist ein Geschäft....

Groß Berlin hat mit seinen kommunalisierten geschäftlichen Betrieben ebensowenig Glück wie das rote Rußland, wo die sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindeverwaltung fehlt. Die einigen Jahren nach sozialistischen Mappen großzügige geschäftliche Unternehmungen von Stadt wegen ins Leben rief. Politisch durfte das neugeschaffene Groß Berlin hinter Rußland nicht zurückbleiben, und es wurde eine der ersten Frühjahr 1920 ein städtisches Anschaffungsamt ins Leben gerufen. Es begann mit einer Aktiengesellschaft für Textilwaren, für die der Magistrat einen Kredit von 3 Millionen Mark bewilligte. Webwaren und Strickwaren wurden in großen Mengen eingekauft. Bald mußten weitere Kredite bewilligt werden, so daß schließlich gegen Millionen Mark in das städtische Geschäft hineingesteckt worden sind. Besondere Abteilungen für Schuhwaren, Lebensmittel und Chemikalien wurden dem Textilunternehmen angegliedert. Obwohl aber in den städtischen Anstalten, Verwaltungen usw. eine Kundmerschaft zur Verfügung stand, denen der Bezug dieser Waren durch städtischen Anschaffungsamt einfach aufgezwungen wurde, ist das nunmehr vorliegende Ergebnis des ersten Geschäftsjahres Hiesrauf Häglich. Rein rechnungsmäßig ergibt sich ein Verlust von nicht weniger als 284557 ℳ, und zwar in einem Geschäft, das nach sozialistischen Vorstellungen der Stadt erhebliche Gewinne bringen sollte.

Undurchsichtig ist selbst von seiten der städtischen Verwaltungen oft genug geklagt worden, daß die vom Städtischen Anschaffungsamt bezogenen Waren nicht billiger, sondern nicht unerheblich teurer seien, als sie in gleicher Güte durch den freien Handel hätten bezogen werden können. Der Handel muß doch aber mit Verdienst arbeiten. Wo ist der nun beim Städtischen Anschaffungsamt geblieben? Die politische Verwaltung und das unkaufmännische Geschäftsgebaren hat sie offenbar restlos verschlungen und dazu noch das erhebliche Defizit verursacht. Nicht weniger als 601 600 ℳ sind als Konjunkturverlust in Baumwollstoffen gebucht worden. 80 000 ℳ in Scheuerbürstenbinden, 164 000 ℳ in Windeln, 62 100 ℳ in Winterkonfektion verwirtschaftet worden. Insgesamt wurden bei dem Textilwarenbetrieb 1034700 ℳ angelegt. Als Grund dieser Verlustabschreibungen werden die hohen Arbeitslöhne angegeben, die für die Anfertigung in den eigenen Betriebswerkstätten hätten gezahlt werden müssen. Aber habe Löhne muß heute bekanntlich auch die Privatindustrie bezahlen. Es mag freilich sein, daß die städtischen Betriebswerkstätten vielfach als parteigenössische Versorgungsanstalten betrachtet werden und daß dort vielleicht bei höheren Löhnen weniger gearbeitet wird als in der Privatindustrie. Aber das ist doch gewiß auch kein Ruhmesblatt für das kommunale Wirtschaftssystem.

Auch scheint es, daß in den kaufmännischen Betrieben des städtischen Anschaffungsamtes die Zustände nicht viel besser sind als in den Betriebswerkstätten, denn es ist ausdrücklich festgestellt worden, daß ein einwandfreier Bericht über den Stand des Geschäfts deshalben unmöglich sei, weil die Buchführung nur behelfsmäßig war und erst seit dem Herbst 1920 in kaufmännischer Weise erfolgt ist. Was würde man wohl sagen, wenn in einem privaten Geschäft mit solchen Millionenumsätzen ähnliche Zustände entdeckt werden würden. Doch das ist einfach unmöglich, denn der Unternehmer würde schon in Wahrnehmung seines eigenen Interesses und um sich nicht eventuell strafbar zu machen, dafür sorgen, daß solche Mißstände nicht eintreten können. In einem kommunalen Betriebe aber besteht dieses Interesse an der Ordnung offenbar nicht.

Das Städtische Anschaffungsamt freilich braucht das Gericht nicht zu scheuen, denn das Defizit wird natürlich auch dem städtischen Säckel gedeckt. Die rote Stadtverordnetenmehrheit aber trägt ihrem behördlichen Kommunalbetriebe natürlich nicht mehr nun, sondern für alle Fälle die nötigen Entschuldigungsgründe finden. Nur wenn es etwa am 16. Oktober die Wählerschaft dafür sorgen sollte, daß die jetzige rote Mehrheit im Groß Berliner Stadtparlament und Magistrat wieder beseitigt wird, ist es möglich, daß auch im Kommunalbetriebe einmal gründlich aufgeräumt wird.

Z. v. A.

Die Deutsche Volkspartei gegen die Erhöhung des Wasserpreises. Zu der gestrigen Abstimmung der Stadtverordneten über die Zurückweisung der sozialistischen Vorlage zur Deckung der Löhne und Teuerungszulagen wird uns noch berichtet, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei allen Deckungsanträgen des Magistrats zugestimmt hat mit Ausnahme der Vorlage über die Erhöhung des Wasserpreises von 50 Pf. auf 1 ℳ. Dies geschah in der Erwägung, daß der Hausbesitz von dieser neuen öffentlichen Last betroffen wird, ohne die Möglichkeit des Abwälzens zu haben. Die Stadtverwaltung hatte den Hausbesitzern, die sich zum größten Teil aus Angehörigen des Mittelstandes zusammensetzen, den Hausbesitzern Zuschlag von 45 % mit der ausdrücklichen Wirkung bewilligt, daß damit alle öffentlichen Lasten und Abgaben gedeckt würden. Dies trifft nicht mehr zu. Ausschließlich lehnte die Deutsche Volkspartei die Erhöhung des Wasserpreises ab.

— Wie uns weiter berichtet wird, hat die Wirtschaftspartei die gesamten Deckungsvorlagen des Magistrats, nunmehr die Erhöhung der Gewerbesteuer mogen, abgelehnt.

Der Kellnerstreik.

Keine Veränderung. — Neue Ausschreitungen.

Im Kellnerstreik ist noch immer keine Veränderung eingetreten. Zu dem gestrigen Beschluß der Streikleitung, sich mit den Vertretern der Streikenden unter keinen Umständen an den Verhandlungstisch zu setzen, solange die Ausschreitungen nicht unterbunden, erfahren wir von der Streikleitung, daß man auf Arbeitsnachweise im Hinblick auf diesen Beschluß für die kommende Woche zu stärkerem Mahnungen greifen und eventuell die Unterstützung der Berliner Arbeiterschaft anrufen will. Da erfolgt Schritt dazu soll die gestern erfolgte Einstellung der Notstandsarbeiten darstellen, eine Maßnahme, deren Wirksamkeit von Arbeitsbeginn bestritten wird, da angeblich in fast allen Betrieben genügend Arbeitskräfte zur Ausführung der Notstandsarbeiten vorhanden sind.

Daß die Ausschreitungen der Kellner immer noch weiter gehen und sich bis ins Sinnlose steigern, zeigt folgendes Erlebnis zweier Hamburger Herren. Die Herren waren im Hotel Esplanade abgestiegen und wollten am späten Abend in die Stadt gehen, um essen zu können. Auf dem Wege wurden sie von einem Streikposten angerufen, die ihre Papiere forderten, da sie glaubten, es ist Streikpflicht zu tun zu haben. Schließlich stürzte sich die wilde Meute auf die beiden Herren; es kam zu Tätlichkeiten, wobei einer der Herren am Fuße verletzt wurde. Erst reichlich spät ist der Polizeiwachtmeister ein, die die Herren nach Hause geleitete.

Auch Kleinwohnungen erhalten Bauzuschüsse. Der Reichsarbeitsminister hat in einem Bescheid an die Berliner Handelskammer wegen der Förderung des Wohnungsbaus darauf hingewiesen, daß die Vorschrift, wonach bei der Berechnung der Landesdarlehen nur eine Wohnfläche bis zu 70 Quadratmeter, ausnahmsweise bis zu 80 Quadratmeter angerechnet werden dürfe, nicht besage, daß „nur Wohnungsbauten, die als Kleinhäuser anzusehen sind, Zuschüsse erhalten können". Der Reichsarbeitsminister betont, daß Kleinwohnungen, für die die Abmessung von 70 bis 80 Quadratmeter zutreffen würde, nicht gleichbedeutend mit Kleinhäusern seien. Die Vorschrift bedeute nicht, daß auch für größere Wohnungen Zuschüsse erhalten seien. Der Zuschuß dürfe allerdings lediglich für 70 bis 80 Quadratmeter berechnet werden. Der darüber hinausgehende Wohnraum werde bei der Berechnung der Beihilfe nicht mit berücksichtigt. Den dazu erforderlichen Aufwand müsse der Bauherr aus eigenen Mitteln bestreiten.

Zulassung von Kleinkrafträdern und ihren Führern. Für die Zulassung von Kleinkrafträdern — d. h. Motorfahrzeugen deren nach der Steuerformel berechneten Auspuffleistung ½ PS nicht überschreitet — sind ihren Führern die folgenden Bestimmungen bis auf weiteres folgende erleichternde Vorschriften: 1. Der Antrag auf Zulassung muß enthalten: a) Name und Wohnort des Eigentümers, b) die herstellende Firma und die Fabrikmummer der Kleinkraftmaschine, c) das Bestimmung des Fahrers (Personen- oder Lastfahrzeug), d) Angabe der Herstellerin, e) Eigengewicht des Rades. Die Vorlage der Angaben kann von der herstellenden Firma beschleunigt werden. Das Gutachten eines Sachverständigen ist nicht erforderlich. Die Vorschriften der Bundesratsverordnung vom 3. September 1920 (§ 4) bezüglich Beschaffenheit einer Bremse (Nr. 2), Vorrichtung zur Verhinderung der unbeabsichtigten Rückwärtsbewegung (Nr. 3) und Vorrichtung zur Verhinderung der Inbetriebsetzung durch Unbefugte (Nr. 6) finden keine Anwendung. 2. Die Erlaubnis zum Führen von Klein-Krafträdern wird von der Hauptverkehrsstelle, Charlottenburg, Berlinerstraße 1, erteilt und kann auch von polizeilichen Stellen vorgenommen werden. Besitzen solche Behörden nicht, so nimmt die Polizeibehörde eine kurze Prüfung vor, bei der der Prüfung nach einer mit dem Führerschein für Kraftfahrer versehenen und zur Ausbildung von Kraftfahrlehrern ausgebildeten Person beauftragt wird. 3. Nach bestandener Prüfung wird ein Führerschein für Kleinkraftfahrer ausgestellt. 4. Für die Prüfung ist eine Gebühr von 5 Mark zu entrichten. 5. Die übrigen Bestimmungen für keiner Zulassung von Kraftfahrzeuge und ihren Führern finden auch auf Kleinkraftfahrer Anwendung. 6. Die Zulassungen werden nur vorläufig erteilt. Die endgültige Zulassung erfolgt erst nach Ablauf einer Bewährungsfrist zu erwarten. Verordnung unter Vorbehalt ihrer Bestimmungen. Die Antragsteller werden hierauf ausdrücklich hingewiesen.

Das Ende der Staakener Zeppelinwerft. Die eisernen Zeppelinwerfte in Staaken bei Spandau stehen vor dem Ende. Gemäß dem Versailler Vertrag wird jetzt auch die große städtische Zeppelinwerft abgebrochen. Die Werkstätten der Zeppelinwerke haben zum größten Teil andere Industrieunternehmen bezogen. Einen großen Teil hat die Gesellschaft Junkers und der Motorenwerke für den planmäßigen Flugzeugbau übernommen. Außerdem haben sich eine Baterie und eine Kunstseidenfabrik hier etabliert und eine Spiralfedernfabrik in Staaken angesiedelt, neu erbaut wird eine Obstbaumfabrik.

Aufklärung des Raubmordes bei Oberschöne.

Zwei Berliner als Täter verhaftet.

Zwischen Oberschöne und Senftenhütte niedergeschlagen und beraubt wurde am 25. August der Polsbänder Seefeldt aus Senftenhütte. Als Täter kamen zwei Burschen in Frage, der sich zu jener Zeit vor verdächtigen hatten und gleich nach der Tat nach Berlin gefahren waren. Aber hatten die Mörder die Beute, mehrere tausend Mark barer Geld und die Uhr des Ermordeten, gestohlen, und wurde schon bei einer von beiden unmittelbar nach der Tat, Diese in Berlin zu Geld zu machen unterlassen, weil er damit rechnete, daß die Gestohlene schon unterwegs verloren sein. Er stellte fest, daß die Uhr zu sich und habe wieder nach der Gegend des Zatzerfuß und bei in Trempelin einen Uhrmacher zum Kauf an. Der ließ sie aber an Stelle als der Uhrmacher Verdacht schöpfte.

So erfolgt Verhaftung und Verhör eine neue Spur. Diese führte nach Küstrinchen i. M., wo der Geschäfte einen Anzug verkaufen wollte. Dabei wurde er festgenommen und nach Berlin gebracht. Es konnte sich um einen Arbeiter Richard Schwe und Berlin, der mit einem gewissen Heinrich Kreb auf den Landstraßen in der Umgebung Berlins umgetrieben waren. Bei seiner Vernehmung war Kreb auch gestanden, das Verbrechen mit Rudolf ausgeführt zu haben. Beide haben den Holzhändler auf dem Wallwege aufgelauert, ihn erschossen und dann ausgeplündert. Jetzt aber ist es den Beamten auf Grund des Aufschreibens der hiesigen Kriminalpolizei gelungen, auch den zweiten Mörder zu ermitteln und ebenfalls hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Die Frage der Feuerbestattung. Es ist vorgekommen, daß bei der Einsatzt verstorbener Patienten noch vor ihrem Tode Krankenpflegern gegenüber geäußerte haben, bereits eingeäschert zu werden, in der Annahme, daß diese Erklärung als letztwillige Anordnung anerkannt wäre. Derartige Erklärungen haben jedoch keinen Wert, vielmehr müssen sie stets von dem Betreffenden selbst bei Lebzeiten vor einer zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigten Person abgegeben sein und können auch jederzeit erfolgt werden durch eine eidesstattliche Versicherung an vereidigten (Kriminalbeamten), daß der Verstorbene bei Lebzeiten ihnen gegenüber den Wunsch der Feuerbestattung seiner Leiche ausgesprochen hat.

Technische Mitteilungen an medizinischen Institutes. Der Minister für Wissenschaft hat im Einvernehmen mit den Ministern für Handel und Gewerbe und für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung neue Vorschriften für die staatliche Prüfung von technischen Mitteilungen an medizinischen Institutes erlassen. Die Prüfung für der technischen Mitteilungen soll in einem staatlichen Institut aber in einer staatlich anerkannten Lehranstalt erfolgen. Es wird Sache der Lehrstoff vorenumden Lehranstalten sein, sich, sofern sie sich für diese Angelegenheit interessieren, sofort bei der Medizinal-Abteilung des Ministeriums in Berlin-Schöneberg, Gotzkar Straße 19, um Zulassung und Anerkennung zu bewerben.

Keine Ferienverlängerung zwecks wirtschaftlicher Hilfe. Gründe um Verlängerung der Ferien für Schulkinder zur wirtschaftlichen Hilfe werden vielfach geltend. Einzelne Schulverwaltungen erteilen jetzt die Weisung darauf hin, daß bereits Anfangs in jedem Falle eingehen sollen. Angesichts der Urlaubsbedürftigkeit der Kriegsschäfte und Lehrer kann es sich immer nur um Verschiebungen der Schulferien handeln, die tatsächlich dann nicht gebraucht werden. Für die übrigen ist der volle Schulunterricht unerläßlich als Wiederaufnahme des Schulunterrichts wiederaufnehmen, mag die Zahl dieser Kinder noch so klein sein.

Alexander Wienbaum †. Der Kapellmeister der Warschauer Philharmonie, Alexander Wienbaum, der seit mehr als zwei Wochen von seinen hiesigen Angehörigen vermißt wurde, ist, wie jetzt Gewißheit vorliegt, ertrunken geworden. Er hatte sich auch in Berlin besonders gemacht durch ein Konzert, das er mit dem hiesigen Philharmonischen Orchester gab, und in dem er sein hervorragendes Musikertum bewährte. Er war ein großer Verehrer der Musik Mozart und trat auch in seinem Warschauer Wirkungskreis leidenschaftlich für Deutschland ein. Das hat ihm den Haß und die Verfolgung derjenigen nationalistischer Kreise eingetragen, die einzig an seiner Ausbildung arbeiteten. Auch dies trug dazu bei, seine hohe Nervosität bis zu einem verhängnvollen Paroxysmus zu steigern. Unter dem Druck dieser physischen Störungen hat der Lebensmüdigkeit, weit über den Durchschnitt begabte Musiker nunmehr seinem Leben ein Ende gemacht. Er war als Schüler Schüler von Joachim und Wyne und begann seine Kapellmeisterlaufbahn in Lausanne, diplomierte auch einige Zeit an Gregors Konsilier Orer, bis er endlich an der Warschauer Philharmonie die seinem Können gebührende Stellung fand.

Für das große „Autoturnier in Baden Baden" hat der Deutsche Heimatsim G. m. b. H., Berlin NW. 52, Schloß Bellevue, das alleinige Recht zur Verfilmung erworben.

Barometer- und Thermometerstand
bei Pelitzierre, Friedrichstr. 68

Am 13. abends	8 Uhr 770 mm	+ 16½ Grad C
Am 14. morgens	8 Uhr 767 mm	+ 14 Grad C
Am 14. mittags	12 Uhr 766 mm	+ 20 Grad C

Morgen voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend.

Mild und zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit etwas Regen und lebhaften südwestlichen bis westlichen Winden.

Bestellen Sie die DAZ!

Mit allen 10 Beilagen nur 12 Mark monatlich mit täglich zweimaliger Lieferung frei Haus

Ihre Adresse und an den Verlag der D.A.Z., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30-32, einsenden. Für ist Verlag: Redaktion, Druck.

Senden Sie mir die DAZ

Mit allen 10 Beilagen monatlich 12 Mark frei Haus

Name: .....

Stand: .....

Wohnort: .....

Straße u. Nr.: .....

Wo im Hause: .....

Das drohende Gespenst des roten Berlin.

Von
Stadtverordnetem Guenther Thomas.

Es scheint, als ob eine große Zahl der bürgerlichen Bewohner der deutschen Reichshauptstadt sich immer noch nicht klar darüber geworden ist, von welch entscheidender Bedeutung der Wahltag am 16. Oktober nicht nur für sie selbst, sondern für das ganze deutsche Volk zu werden verspricht. Das Gespenst, das schon lange drohend im Hintergrunde steht, tritt jetzt bereits deutlich hervor, und wenn nicht unverzüglich mit seiner Hand Einhalt geboten wird, hört binnen kürzester Frist Berlin vor dem Ersatzrat, der jetzt zu Zusammen einen jeden anständigen Menschen ein gerechter Schauer überkommt: vor dem Bankrott!

Die vorletzte Stadtverordnetensitzung war kennzeichnend für den Geist, von dem Berlin heute regiert wird. Zugleich lud sie den Zuhörer an jenem Tage und trüber kennzeichnend für das ganze nutzlos hin- und herschwankende Verhalten der Mehrheitssozialisten. Es ist bezeichnend, daß wenigstens die Macht gelegen hat, Berlin vor dem Bankrott und dem Untergang zu retten. Nun wer geigen sich die einzelnen Zusammenhänge der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen unserer Zeit. Im Reich und in Preußen haben die Mehrheitssozialisten vor der Schicksalsfrage, ob sie mit Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokraten eine Regierung der Mitte bilden wollen, oder Vaterland aus dem Sumpf herausziehen, in den es nicht ohne Schuld der Mehrheitssozialisten geraten ist. Und dasselbe Schauspiel wiederholt sich in Groß Berlin. Wenn die Mehrheitssozialisten von Anfang an ihre Aufgabe nicht nur voll erkannt, sondern auch entsprechend gehandelt hätten, würden wir auch in der deutschen Reichshauptstadt heute nicht unmittelbar am Rande des Abgrundes. Erkannt haben die Mehrheitssozialisten ihre Aufgabe gar wohl. Bei Annahme des Stadtverordnetenhaus haben sie mit den bürgerlichen Parteien zusammen eine Art Einheitsfront, eine Regierung der Mitte, sogar mit Einschluß der Deutschnationalen, gegen die radikale rote Flut von links gebildet, indem sie die Erklärung abgaben: von nun an keine Ausgabe ohne Deckung! An der Exekutivität der unabsehbaren drohenden Gefahr hat es also nicht gefehlt, wohl aber an dem Mut zur Ausführung. In den wenigen Wochen seit Abgabe dieser Erklärung sind die Mehrheitssozialisten bei sich hier hierdurch den Gelegenheit umgestellen, wenn es sich darum handelte, sozialistische Forderungen der Unabhängigen und Kommunisten anzunehmen, ohne für entsprechende Deckung zu sorgen. Nimmt geht die Wahltaktik, der Parteivorteil über das Wohl des Ganzen — einfach aus Mangel an Rückgrat und Bürgersinn.

Die Gefahr, die uns von links droht, ist aber nicht nur eine finanzielle. In einer Stadtverordnetensitzung im Juni d. J. konnten wir das seltsame Schauspiel erleben, daß ein Vertreter der Kommunisten das Rednerpult in der Berliner Stadtverordnetenversammlung besetzt und eine lange Rede hielt, in der er unzweideutig und ungeschminkt zum Bürgerkrieg und zum Kampf auf den Barricaden rief. Es ist unfaßbar, daß derartige Reden, die zum Bürgerkrieg verurteilt gehandelt werden können, wie es die Berliner Stadtverordnetenversammlung ist, Wort ohne Leitung des Unabhängigen Dr. Wendt, der sich von ersten bis zum letzten Augenblick bei Ausführungen für seiner Partei, die Pflichten der nur als Parteimann, nicht als der über den Parteien des Hauses stehende Vorsitzende erfüllt und Rätsegen hat, der es nicht verhindert, daß derartige, zum Verzichten von Bürgerblut aufforderndes Reden ungestört und ungerügt zu hören. Am wenigsten scheint man sich in der Bürgerschaft darüber klar zu sein, daß es die Kommunisten in vollem Bewußtsein mit vollem Bewußtsein darauf ablegen, Berlin zum finanziellen Bankrott zu treiben, indem sie unaufhörlich neue Forderungen stellen, die von Unabhängigen und Mehrheitssozialisten aus Angst vor ihrer Wählerschaft bewilligt werden, und dadurch Deckung sie dann mit allen Mitteln der parlamentarischen Taktik unter unmittelbarer Förderung des Statistikerbureau Dr. Wendt unter Zuhilfenahme der Mehrheitssozialisten verhindern. Sie verfolgen dabei ganz nach russischem Muster den Zweck, durch ihre finanziellen Zusammenbrüche Berlins auch den Preußens und des Reichs herbeizuführen, und dem sich das allgemeine Chaos mit Wahrscheinlichkeit ein Bürgerkrieg ergeben würde. Das ist die ungeheure Gefahr, die uns droht.

Ist es ferner noch notwendig, unseren Mitbürgern an Hand solcher Berichte die schon schmachvollen Lärm- und Prügelszenen wieder vor Augen zu führen, die sich im roten Haus zu Berlin abgespielt haben? Hoffentlich hat jeder unserer Mitbürger die Berichte darüber gelesen, wie es zu den wüsten Auftritten, sogar zum Werfen von Stinkbomben von der Tribüne her, zur Einstellung der Stadtverordneten durch die unerhörten Drohungen von außen kommender Tausende von Malen war die Versammlung nicht imstande, ihre Aufgabe, die Geschäfte der Stadt ordnungsmäßiger Weise zu erledigen, zu erfüllen. Hoffentlich ist jedem Berliner Bürger jedenfalls bei Lesen solcher Berichte die Röte brennender Scham ins Gesicht getrieben, hoffentlich hat jeder Berliner in seinen Augenblicken der ruhigen Entschlüsse gesagt, alles in seiner Kräften Stehende zu tun, um diesem widerwärtigen, entwürdigenden und bemitleidenden Zustand ein Ende zu bereiten. Hoffentlich brennt in dem Herzen eines jeden Berliners der heiße Wunsch, nicht noch einmal durch Vernachlässigung seiner Bürgerpflicht am Wahltag dem Ansehen und dem Gebeihen seiner Vaterstadt so schwere Wunden zu schlagen, wie es ein im vorigen Jahre getan hat. Hoffentlich ist jeder Berliner Bürger und jede Berliner Bürgerin fest entschlossen, die Gefahr, die uns allen droht, zu bannen und am Wahltag, den 16. Oktober sofort zur Wahlurne zu schreiten und die oberste Pflicht zu erfüllen, die die Gegenwart: **Fort mit dem roten Gespenst aus Berlin!**

Sonntag
9—5 Uhr
Wahl!

Friedrich Doering
HAUPTNIEDERLAGE
der Rheinischen Linoleumwerke Bedburg
A.-G.
Treppenläufer
Teppiche / Matten / Linoleum
Zimmerbeläge
BERLIN W 35 / POTSDAMER STRASSE 40
Fernsprech-Anschluß: Amt Lützow 1134 und 5343

ARCHO
Schreibmaschine
Die erstklassige
„ARCHO"-
Schreibmaschine
prompt lieferbar durch
die General-Vertretung
C. Müller de la Fuente
SW 68, Schützenstr. 5, Telephon Ztr. 7704.
Verlangen Sie kostenlose Vorführung!

Kerzen
nur von vorzüglichster Beschaffenheit und in jedem Gebrauche entsprechenden Grössen stellen die A. Riebeckschen Montanwerke Aktiengesellschaft in Halle (Saale) her. Verlangen Sie daher bei Einkauf von Lichten
nur Riebeckschen Fabrikat
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogen-, Seifen- u. ähnl. Geschäften

Aus edelsten Orienttabaken
Zigaretten

BÜROEINRICHTUNGEN
Diplomatenschreibtische
Aktenschränke
Schreibmaschinentische
Aktenständer
Hans Hofmann, G. m. b. H, Berlin SW48
Verl. Hedemannstr. 5
Abteilung Büromöbel
Fernspr. Nollendorf 5078

Wilh. zur Nieden
Essen-Altenessen
Fabrik für
Eisen- u. Dachkonstruktionen
Fabrikbauten
Förderwagen — Förderkörbe
Förderkorbanschlussbühnen
Pat. Eickelberg.

AMBOSSE
SCHRAUBSTÖCKE · HÄMMER
GEVANE-GESELLSCHAFT
ESSEN

Maschinenbau-Aktiengesellschaft
TIGLER
DUISBURG-MEIDERICH
liefert
Brikettpressen
für Steinkohlen, Koksgrus, Kohlenabfälle,
insbesondere
Eiform-Brikettpressen
für Steinkohlenschlamm und Koksgries
Pressen sofort,
Anlagen kurzfristig lieferbar.

KLUBSESSEL
Klubgarnituren
Bestes Rindleder — solideste Arbeit — vornehmste Formen
Deutsche Ledermöbel-Fabrik G. m. b. H.
BERLIN W. 9
Potsdamer Str. 22b (zwischen Potsd. Platz u. Brücke)
Fernsprecher: Lützow 7913

Brennholz
ofenfertig, liefert frei Haus oder ab Lager
„HANSA" Kohlen-Handelsgesellschaft m. b. H.
Berlin SW. 61, Tempelhofer Ufer 1.

Internationale Transporte
Seh. Boser G. m. b. H. Berlin O. 57
Sammelverkehre. Auslandstransporte
Ladehallen m. Gleisanschl. Neh. Bhf.

Die Sammelmappe des Auswärtigen Amts (Außenhandelsstelle):

Deutschland und die weltwirtschaftliche Lage.

Das gesamte amtliche, täglich fortlaufende neueste weltwirtschaftliche Nachrichtenmaterial, inhaltlich für die verschiedenen Interessengruppen geschieht, mit Ausgemappe.

Die Sammelmappe wird herausgegeben zur Verwertung und Veröffentlichung der aus dem Ausland eingehenden Nachrichten über die Wirtschaftslage. Aktuell durch schnelle Uebermittlung der Berichte an den Bezieher und zugleich ein gutes Nachschlagewerk über alle Wirtschaftsfragen durch die praktische Informationsfassung der Berichte in einer Ausgemappe, ist sie für jeden am Wirtschaftsleben Interessierten unentbehrlich. Sie bietet Uebersichten über Preisbewegungen, bringt Nachrichten einheimischer und ausländischer Fachverbände, Kammer-Vertretungen und Handels-Sachverständiger, statistisch graphisches Material: im Laufe des Jahrgangs mehrere hundert Blätter.

Jährlicher Bezugspreis (1. IV. bis 31. III.) einschließlich aller Ergänzungen und der Ausgemappe für Deutschland 400 ℳ (für das Ausland 1000 ℳ) + 20 % Teuerungszuschlag.

1. Jahrgang 1919/20 vergriffen. Jahrgang 1920/21 noch in wenigen Stücken sofort lieferbar.

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin SW. 61.

DAZ

Abonnements- und Anzeigen-Annahmestellen der DAZ.

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Nollendorf 5980—88.

W.
Wilmersdorf 25-26 (S.B.)
Regensburgerstr. (S.B.). Xel. Wittenberg 3101.
Stegitzer Str. 37 (S.B.)
Uhlandstraße 181 Tauenzienstr. Ecke 11 (S.B.). Xel. Wittenberg 3101.
Geisbergstraße 2 (S.B.). Xel. Steinpl. 11456.
Kaiserdamm 101 (S.B.). Xel. Westend 9104.
Friedenau. Feitungs-Kioskpavillon, Ecke Sachsendamm und Dürerstr.
Charlottenburg. Autonomstraße 4 (Leitungsbehörden Kioski).
Berlin Wilhelmstr. 9 (S.B.)
Lichterfelde OB 1 (Kaiserplatz)
Lichterfelde West, Chamisso-Gymnasium 24 (Schoeneck S.B.)
Charlottenburg Str. 39 (Schlesischer Kaiserstraße 1, Leitungsbehörden). Xel. Steinpl. 4101
Charlottenburg, Kurfürstendamm 24 (Schoeneck S.B.)
Charlottenburg, Kaiserdamm 27 (Kaiserdamm Wilmersdorf)

Schöneberg. Belziger Str. 37 (S.B.). Xel. Nollendorf 1144.
Steglitz, Düppelstr. 42, Ecke Albrechtstr. (Kioski, Telephonbücherstelle 3158.
Friedenau Str. 19 (Schritt S.B.)
Wilmersdorf, Hohenzollernstr. 14 (S.B.). Xel. Steinpl. 11456.
Zehlendorf, Teltower Str. 5 (Kiosper S.B.)

N.
Referate, 174 (S.B.)
Prenzlauer Allee 188 (S.B.)
Warnemünderstr. 1 (S.B.). Xel. Kolberplatz 569.
Kastanienallee, Gesundbrunnen (S.B.)
Wedding, 9 (S.B.). Xel. Humboldt 4819.
Weißensee, 7 (S.B.). Xel. Humboldt 4844.
Greifenstraßenstr. 27 (S.B.). Xel. Humboldt 5000.
Reichsbahnbureau (Schoeneck S.B.). Xel. Humboldt 241.
Pankstraße, Wiesbadenstr. 14 (S.B.). Xel. Kopel 41.
Pankow, Wollankstr. 70 (Kiosper S.B.)
Oranienburg Str. 67, Hackeschen Markt.

Reinickendorf. Weiße Heimstätte 24 (Ruhe 1 S.B.)
Reinickendorf-West, Berlinerstraße 8 (Kiosper S.B.)
Reinickendorf-Ost 1, Reinickendorfer Straße 3158.
Reinickendorf-Ost 1, Wiesenstraße 1.
Wedding, Müllerstr. 142 (Kiosper S.B.)
Moabit 1, Reinickendorf Straße 1, Wedding.

NO.
Immanuelkirchstraße 24 (S.B.)
Weißenseer, Berliner Straße 84 (S.B.). Xel. Kastanienallee 919.

O.
Markusstr. 9 (S.B.)
Petersburger Platz 4 (S.B.)
Friedrichshain, Lichtenberg.
Schönberg, Berliner Straße 62 (S.B.)
Frankfurter Allee 188 (S.B.)
Warnemünderstr. 1 (S.B.). Xel. Kolberplatz 569.
Karlshorst, Gemeinde 32 (Kiosper S.B.)
Hummelsburg, Stralsunderstr. 1 (S.B.). Xel. Kopel 41.
Lichtenberg, Weißenseer Straße 4 (Kiosper S.B.)
Boxhagener Straße 9 (S.B.)
Friedrichshain, Lichtenberg.

Johannisthal. Adlershof, Straße 6 (Kiosper S.B.)
Adlershof, Wachtmeisterstraße 1 (S.B.). Xel. Treptow 1144.
Treptow, Bahnhofstr. 1 (S.B.). Xel. Treptow 1097.
Altglienicke, Bahnhofstr. 1 (Bildschriftstr 13 11 (Kiosper S.B.)
Oberschöneweide, Wuhlemdorf, 4 (Kiosper S.B.). Xel. Oberschöneweide 3050.
Niederschöneweide, Bahnhofstr. 1 (Kiosper S.B.)

B.
Charlottenburg, Kaiserdamm 27 (S.B.)
Charlottenburg, Kaiserdamm 27 (S.B.)

SW.
Lindenstr. 9 (S.B.)
Friedrichstraße 5—6 (S.B.)
Friedrichstraße 25—27 (S.B.)
Friedrichstraße, Tel. Nollendorf 5980—5988.
Adlershof, Grossbeerenstraße 4 (Kiosper)
Adlershof, Wilhelmstraße 1 (Kiosper S.B.)
Bernau, Hauptstraße (Kiosper S.B.)
Bernau, Mühlenstraße (Kiosper S.B.)
Biesdorf, Hauptstr. 11
Blankenfelde, Dorfstraße 11 (Kiosper S.B.)
Blankenfelde, Kaiser Wilhelmstr. 3 (Kiosper S.B.)
Blankenfelde, Kaiser Friedrichstr. 9 (S.B.). Xel. Lichtenrade 1.
Bornstedt, Chausseestr. 10 (Kiosper S.B.)
Bornstedt, Friedrichstr. 10 (Kiosper S.B.)
Bornstedt, Potsdamerstr. 8 (Kiosper S.B.)
Bornstedt, Hauptstr. 8 (Kiosper S.B.)
Bornstedt, Landstraßenstr. 1 (Kiosper S.B.)

Adlershof. Lemkestr. 38 (Kiosper S.B.)
Wiesbadener Straße 1, Deutsches Neuentagen, Flugplatz, 71 (Kiosper S.B.)
Wiesbadener Straße 1, Königswusterhausen
Wiesbadener Straße 1, Rothenbach Treibhäuser, 14 (Kiosper S.B.). Xel. Bernau 3266
Wiesbadener Straße 1, Heidendorf
Bornemann, Eisenbahnstr. 10 (Kiosper S.B.). Xel. Nowawest 858
Oranienburg, Straßenbahnstraße 1 (Gesundbrunnen S.B.)
Potsdamer Straße 1, Wolfsmühle S.B.)
Potsdam, Dependenz Str. 4 (Kiosper). Xel. Potsdam 3018
Wittenau, Reinickendorfer Straße 41 (Kiosper S.B.)
Wittenau, Reinickendorfer Straße 41 (Kiosper S.B.)
Wittenau, Reinickendorfer Straße 41 (Kiosper S.B.)
Zehlendorf, Teltower Str. 17 (Kiosper S.B.)
Zehlendorf, Teltower Str. 17 (Kiosper S.B.)
Zehlendorf, Teltower Str. 17 (Kiosper S.B.)

Schöneweide. Berlin, 9 (Kiosper S.B.)
Berlin, Chausseestraße 84 (Friedenau S.B.)
Siemensstadt, Nonnendamm-Allee 102 (Kiosper S.B.)
Spandau, Klosterstr. 14 (Kiosper S.B.)
Spandau, Schönhauser 12 (Kiosper S.B.)
Stolpe 1, Dorfstraße
Teltow 1, Schönow
Teltow, Bahnhofstr. 6
Waidmannslust 1, Dorfstraße
Wilhelmsruhe, Wilhelmstr. 21 (Schritt S.B.)
Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 21 (Schritt S.B.)
Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 21 (Schritt S.B.)
Wilmersdorf, Kaiserallee 41 (Kiosper S.B.)
Wilmersdorf, Kaiserallee 41 (Kiosper S.B.)
Wilmersdorf, Kaiserallee 41 (Kiosper S.B.)
Zehlendorf, Teltower Str. 17 (Kiosper S.B.)
Zehlendorf, Teltower Str. 17 (Kiosper S.B.)
Zehlendorf, Teltower Str. 17 (Kiosper S.B.)

Nr. 483. Freitag

Volkswirtschaftlicher Teil.

14. Oktober 1921

Aussenhandelsfragen.

Der deutsche Aussenhandel ist durch die neue ungünstige Zahlungsbewegung des Markkurses, die in den letzten Tagen infolge der Nachrichten über eine alle verfügbare Einsicht vorwegnehmende Entscheidung über Oberschlesien sehr an Schnelligkeit zugenommen hat, wieder in schwere Bedrängnis geraten. Alle Kalkulationen werden wieder umgestossen, Revisionen laufender Kontrakte werden nicht zu umgehen sein und in dem feindlichen Ausland werden die Klagen über das Geschäftsgebaren des deutschen Aussenhandels wieder anschwellen. In wichtigen Rohstoffländern sind gerade in der letzten Zeit fühlbare Preissteigerungen eingetreten, welche zusammen mit den gestiegenen Produktionskosten in Deutschland die viel besprochene und gefürchtete Ausfuhrprämie der deutschen Wirtschaft immer mehr verkleinern und ihre Konkurrenzfähigkeit in Frage stellen. Gerade in diesen Tagen (am 12 Oktober) musste nun, um die zur Ausführung des Friedensvertrages nötigen Summen aufzubringen — wie die „D. A. K." mitteilt — der Auswärtige Ausschuss des Reichswirtschaftsrats über

eine Erhöhung der sozialen Ausfuhrabgabe

beraten. Die zurzeit bestehende Abgabe soll um 4 % erhöht, die Abgabe, soweit sie unter Kraft gesetzt worden war, unter erheblicher Erhöhung der früheren Prozentsätze wieder in Kraft gesetzt werden. Von sämtlichen Waren, auch den ausfuhrfreien, soll eine Abgabe erhoben werden. Die Erhebung soll durch die Zollstellen erfolgen. Die Ausfuhr freiliste soll aufgehoben bezw. wesentlich eingeschränkt werden. Mitte nächster Woche soll der Reichsratsausschuss sich mit der Frage befassen. Diese beabsichtigte Regelung soll u. a. die Erfassung der Valutagewinne bezweckt, die bei der Ausfuhr derjenigen Waren gemacht werden, bei denen zwischen Inlandspreis und Ausfuhrpreis eine erhebliche Spanne besteht. Diese für manche Waren gegenwärtig diese Spanne noch vorhanden ist, trifft wohl zu, dass die Zahl solcher Waren aber immer geringer und dass die Spanne immer kleiner wird, ist ganz sicher, weil im Ausland die Handelspolitik und in Deutschland die bekannten wirtschaftlichen Verhältnisse die Dinge in dieser Richtung drängen. Es wäre also notwendig, dass man das Instrument der sozialen Ausfuhrabgabe möglichst beweglich gestaltet, so dass sie Aenderungen der Valuta schnell zu folgen vermag. Das würde am besten dadurch erreicht werden, dass bei der gesetzlichen Regelung der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung die Ermächtigung erhält, in Zusammenarbeit mit den Ausschüssen der fachlichen Aussenhandelsstellen je nach der wirtschaftlichen Lage der einzelnen Industriezweige, der Aenderung der Produktionskosten, den Weltmarktverhältnissen und den Valutaschwankungen entsprechend, die Ausfuhrabgabe zu erhöhen oder herabzusetzen.

Bei einer Abänderung der Freiliste muss beachtet werden, dass nach Artikel 3 der Verordnung 98 der Rheinlandkommission, betreffend die Aufhebung der wirtschaftlichen „Sanktionen", die derzeitige Freiliste des besetzten Gebietes noch drei Monate lang, also bis zum 31. Januar 1922, Gültigkeit hat. Voraussetzung für eine Abänderung der Freiliste wäre also, dass eine gleiche Abänderung auch für das besetzte Gebiet durchgesetzt wird. Sonst würde das unbesetzte Deutschland schwer benachteiligt werden, denn es würde der Fall eintreten, dass die Firmen des besetzten Gebietes ihre Waren frei ausführen können, während die des unbesetzten Deutschland Bewilligungen einholen, Gebühren bezahlen und Ausfuhrabgaben entrichten müssen.

Nach „Aufhebung" der wirtschaftlichen Sanktionen soll nach den Bestimmungen des Beschlusses des Obersten Rats vom 13. August eine interalliierte Stelle geschaffen werden, die in Gemeinschaft mit den zuständigen deutschen Stellen arbeitet, und deren einziger Zweck nach Ziffer 2a des Beschlusses des Obersten Rats die Sicherung ist, „dass nicht etwa das deutsche Ein- und Ausfuhrsystem hinsichtlich der besetzten Gebiete eine Benachteiligung der interalliierten Waren unter Verstoss gegen die Artikel 264 bis 267 des Friedensvertrages zur Folge hat". Diese Artikel besagen, dass Deutschland gegen die Einfuhr aus den Verbündeten keinerlei Verbote oder Beschränkungen beibehalten oder erlassen darf, die nicht in gleicher Weise auf die Einfuhr irgendeines anderen Landes erstrecken. Alle Vergünstigungen, Verabredungen oder Vorzugsrechte, die von Deutschland irgendeinem Lande eingeräumt werden, sollen gleichzeitig auch allen alliierten und assoziierten Staaten in Geltung treten. Die Ausarbeitung der näheren Bestimmungen für die Tätigkeit des Interalliierten Ueberwachungsausschusses hatte der Oberste Rat einem Sachverständigenausschuss übertragen, der von Beratungsgegenständen in Einvernehmen mit der italienischen Regierung zu erneuern war. Dieser Ausschuss tagte in Mainz. Bei den Verhandlungen soll es zu heftigen Auseinandersetzungen unter den Alliierten gekommen sein. In den nächsten Tagen soll zwischen deutschen und alliierten Sachverständigen eine

Ein- und Ausfuhrkonferenz in Coblenz

beginnen, in der die Bedingungen festgestellt werden, nach welchen, entsprechend den Bestimmungen des Beschlusses des Obersten Rats vom 13. August 1921, Teil 2a, die Ausfuhrbewilligungen für das besetzte Gebiet in Zukunft zu prüfen sind.

Ursprünglich sollten die Verhandlungen mit den deutschen Vertretern am 10. Oktober in Coblenz beginnen. Da man sich unter den Alliierten noch nicht einig werden konnte, wurden die Verhandlungen um etwa eine Woche vertagt. Französischer Pressenachricht besagen, sich England und Frankreich hinsichtlich des Ueberwachungsausschusses nunmehr auf einen Spezialentwurf geeinigt hätten und dass die Verhandlungen in Coblenz nur von kurzer Dauer sein würden, da es sich nur noch um die Regelung von Detailfragen handele.

Sollten diese Nachrichten zutreffen, so muss es gegen eine solche Art von Verhandlungen von vornherein scharfster Einspruch erhoben werden. Wenn wir in Coblenz wieder vor ein Diktat gestellt werden und keine Möglichkeit erhalten, gleichberechtigt die von uns vorgebrachten Gesichtspunkten abhängigen Wünsche zum Ausdruck zu bringen, haben die ganzen Verhandlungen keinen Zweck. Dann bedeutet die Aufhebung der an sich schon rechtswidrig aufgerichteten wirtschaftlichen „Sanktionen" nichts weiter als ihren Ersatz durch einen neuen Gewaltakt und eine neue Rechtsverletzung.

Die Coblenzer Verhandlungen sind für unser gesamtes Wirtschaftsleben von ausserordentlicher Bedeutung. Unsere berechtigten Forderungen lassen sich sehr klar zusammenfassen: Ein Veto recht gegen die Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen darf das interalliierte Ueberwachungsorgan nicht erhalten. Frankreich strebt ein solches Vetorecht an. Das würde bedeuten, dass die „Sanktionen" tatsächlich zum Teil fortbestehen, die Franzosen unsere Wirtschaft weiterhin schädigen können, das Schiebesystem im besetzten Gebiet unter französischen Schutz genommen wird, das „Loch im Westen" nicht geschlossen werden kann und die wirtschaftliche Trennung des besetzten Gebiets vom unbesetzten Deutschland weiterhin bestehen bleibt. Eine mit Vetorecht ausgestattete interalliierte Behörde wäre ein Fremdkörper in der deutschen Reichsverwaltung. Ihre Wirksamkeit stellte einen ständigen Eingriff in die deutsche Staatshoheit dar und würde eine Verletzung der Exekutive ihrer Organe. Eine derartige Kontrolle der deutschen Ein- und Ausfuhr ist im Friedensvertrag auch nicht vorgesehen und würde über die Verpflichtungen Deutschlands aus den Friedensvertrag hinausgehen. Behalten die Franzosen, die tatsächlich die Leitung einer solchen Stelle für sich in Anspruch nehmen würden, mit Hilfe eines Vetorechts die deutsche Aus- und Einfuhrregelung weiter in der Hand, dann wird der französische Wirtschaftsinteressen einseitig begünstigt werden. Die Regelung der Aus- und Einfuhr muss wieder in die Hände der deutschen Organe zurückgelegt werden, und zwar im Sinne der früheren Handhabung, die lediglich die Zuständigkeiten für Aus- und Einfuhrbewilligung in Köln in Zusammenarbeit mit den fachlichen Aussenhandelsstellen dieses Punktes für das besetzte Gebiet ausübte.

Für das besetzte Gebiet und das freie Deutschland müssen genau die gleichen Ein- und Ausfuhrbestimmungen gelten, wenn die Sache praktisch Durchführung einer Aussenhandelsregelung überhaupt ermöglich.

Die Franzosen streben die Zubilligung gewisser Einfuhrkontingente, um sich einen dauernden Absatz für ihre Waren in Deutschland zu sichern. Hier ist besondere Vorsicht am Platze, denn mit Einfuhrkontingenten haben wir gerade bei Frankreich die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Man denke nur an die zollfreie Einfuhr aus Elsass-Lothringen auf Grund des Artikels 258 des Friedensvertrages. Zudem bestimmt der Art. 3 der Verordnung 98 der Rheinlandkommission vom 29. September 1921, betreffend die Aufhebung der wirtschaftlichen „Sanktionen", dass die auf Grund einer Bewilligung der Rheinlandkommission während der „Sanktionen" in das besetzte Gebiet eingeführten Waren einer Kontingentierungsregelung nicht unterworfen werden können. Wir müssen uns also ohnedies schon mit den ungeheuren Warenmengen abfinden, die unter dieser Schutzwirkung der wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen von Frankreich in das besetzte Gebiet hineingepresst worden sind.

Die Baumwollmissernte.

Der englische Baumwollhandel beurteilt die augenblickliche Marktlage und die Gestaltung der nächsten Zukunft die Lage wie folgt: Es ist ein offenes Geheimnis, dass in den Baumwollstatistiken der Vereinigten Staaten ist zwar eine ausgesprochene Missernte zu erwarten. Trotzdem ist es vielfach aber den Baumwollmarkt bezw. nicht mehr wesentlich zu beeinflussen, da man damit seit Jahren bereits Schlimmeres und ähnlichen Zensusberichten gerechnet und dauernd disponiert hat. Ende Juni stellte das Washington Bureau einen Stand von 69,2 fest, der bis Ende Juli auf 64,7 sank. Einen Monat später bezeichnete man die Lage der Baumwollpflanzungen mit 49,3 und Ende September nun noch mit 42,2. Tiefer wird das schliesslich Ergebnis nicht sinken. Die Ernte wird danach höchstens 6,5 Millionen Ballen ergeben und wird um nicht weniger als 12,2 % hinter dem bisher schlechtesten Jahresergebnis zurückbleiben. Verschiedene Umstände scheinen sich gegen einen guten Ausfall der Baumwollernte zu vereinen. Jahrzehnelang hat man die grossen Ausdehnungen der Bestände, die man aus der letzten Saison mit in das neue Jahr herübernehmen musste, dazu ausgenutzt, um eine künstliche Beschränkung der Anbaufläche zu bewirken. Die Hitzeperiode hat zu Ende geführt. Eine ausserordentlich hohe Temperatur ist bekanntlich für unsere Baumwolle eine viel zu frühe und schnelle Reife in weiten Strichen des Baumwollgebietes verursacht. Während die Länge der Fasern durch den Mangel an Düngemitteln an und für sich schon stark beeinträchtigt wurde, hat die Hitze noch das ihrige zur Verwüstung der Baumwollfelder durch die Wirksamkeit des „boll weevil", des gefürchteten Rüsselkäfers, der in den Samenkapseln grossen Schaden anrichtet. Ein erfolgreiches Bekämpfungsmittel gegen diesen Schädling ist nicht gibt es nicht, trotzdem die Regierung der Vereinigten Staaten grosse Summen für Erforschungen zur Bekämpfung ausgab. Bereits im August begann dieser Rüsselkäfer, der aus Mexiko im Jahre 1900 über den Rio Grande nach dem Norden gekommen ist, seine Zerstörungswerk. Kleinere Mengen von kurzfaseriger Baumwolle reifen wohl immer früher als die Anfangs Juli, die Hauptmenge jener langfaserigen Sorte, die den wertvollen Hauptanteil der Baumwollernten von Texas und Georgia ausmachen, kommt erst später zur Reife und ist daher den Angriffen des Rüsselkäfers am meisten ausgesetzt. Die Ernte der Baumwollgürtel der Vereinigten Staaten hat unter diesem Insekt Schaden gelitten. Die amerikanische Presse meldet, dass den Farmern frühes Pflanzen und frühe Reife; aber dann bekäme man eine Ernte von nur kurzfaseriger Wolle für die der Absatz bei Baumwolle vollkommen ausgeschlossen ist. In englischen Kreisen dringt man angesichts dieser misslichen Situation mit Nachdruck in die Regierung, dass sie die englische Spinnerei von der Abhängigkeit der amerikanischen Ernte befreit und die Versorgungsquellen in den englischen Dominions und Kolonien besser ausbaut.

Dr. K.

Deutsche Volkswirtschaft.

Reparationszahlungen. Am 15. November ist bekanntlich eine neue Zahlung an die Entente fällig; die Reparationskommission hat bereits mitgeteilt hat, ist die erforderliche Summe schon in vollor Höhe gedeckt. Die nächste Zahlung am 15. Januar zu erfolgen, und zwar in Höhe von etwa 300 Millionen Goldmark. Nach unserer Kenntnis ist der von uns zu leistende Betrag dieses Betrages Vorzeitig zutreffen werden. Ob und in welchem Ausmass diese an sich erfreuliche Tatsache auf den Devisenkurs Mark im Auslande eine entsprechende Wirkung ausüben wird, bleibt abzuwarten, zumal wir in der allernächsten Zeit noch mit Devisenkäufen nach nicht ganz anderen Faktoren zu rechnen haben werden.

Devisenberechnungsstelle. Die Verhandlungen über die Errichtung einer Devisenberechnungsstelle sind in jüngster Zeit wieder etwas gefördert worden. Die Geschäftsanweisung fertig gestellt und die Geschäftsanweisung wird demnächst Statut und Ausführungsbestimmungen erhalten werden und zur Annahme gelangen. Eine Annahme mitteilen und Einzelheiten sind noch nicht bekannt, es darf aber damit gerechnet werden, dass hierdurch die Sache man einen Schritt weiter kommt. Es ist das in dieser Zeit, dass eine Einrichtung, die von fast allen in Betracht kommenden Kreisen als nützlich und notwendig erkannt wurde, ist, nun auch in Wirksamkeit tritt.

Zur Erhöhung des Goldzollsatzes auf 25 %. Ueber die nächste weitere Erhöhung des Goldzollsatzes von 20% auf 100 % schreibt die Berliner Handelszeitung, wie folgt: Auf der einen Seite wird dadurch die Teuerungswelle ausgelöst, die Erhöhung der Lebenshaltung und Erhöhung der Gestehungskosten, für die ein Bedürfnis nicht immer nachzuweisen ist. Die gesamtwirtschaftliche Wirkung wird sich ebenfalls verschärft durch das Inkrafttreten eines zurzeit dem Reichswirtschaftsrat vorliegenden Gesetzentwurfes, der beträchtliche Erhöhungen für verschiedene Kolonialwaren und eine grosse Reihe von Importwaren — darunter auch aber auch wichtige Gebrauchswaren beinhaltet — (letztere um 100 %) vorsieht. Für letzteren Artikel wird der Grundzoll also verdoppelt, wozu noch ein Goldzuschlag von 1900 % kommt, so dass der Gesamtzoll nicht weniger als das 40 fache des Grundtarifs ausmachen würde. Dadurch dürfte der Bezug von Ausländischen Waren in vielen Branchen so gut wie ausgeschaltet werden, was auf zu jedoch wieder schädliche Rückwirkungen auch auf den Absatz deutscher Waren hat. — Solange die Aussenhandelskontrolle noch besteht, mögen die Einzelheiten des Aussenhandelsverkehrs zutreffen. Sobald aber diese Schranken fallen, wird ein noch so hoher Goldzuschlag keine Verbindung mit der bestehenden Umgestaltung des Zollsatzes nicht ausreichen, um die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie, die Lebensfähigkeit unserer Industrie, die Lebensfähigkeit unserer Industrie, die Lebens